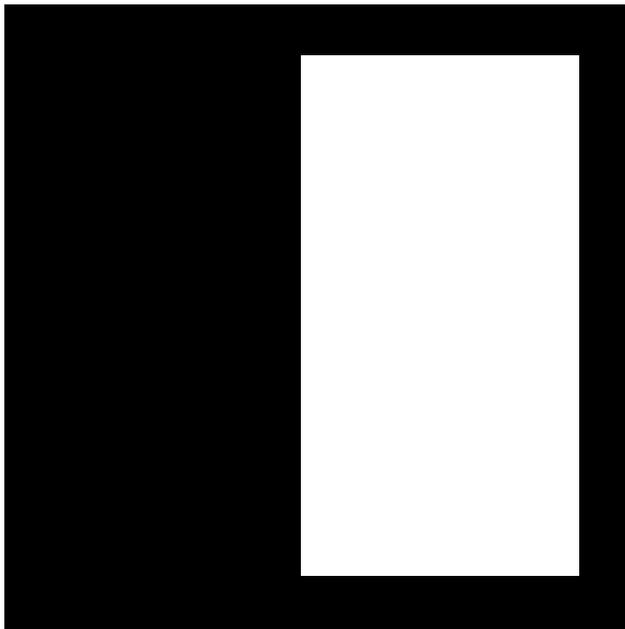


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



FINANZKRISE

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

1 | Februar 2009

Finanzkrise

Finanzkrise löst weltweiten Konjunkturunbruch aus	5
Die Krise verstehen	10
Folgewirkungen der Finanzkrise auf Konjunktur und Verteilung	12
Finanzkrise bringt Verunsicherung bei Konsumenten	16
Britisches TV-Programm informiert über Kreditrisiken	19
Krise als Chance	20
BEIWEUM fordert stärkere Regulierung des Finanzsektors	21

Spektrum

Lohnhöhe und Lohnstreuung im Nonprofit-Sektor	24
Menschenrechtspreis 2008	28
Mehr Privatkonkurse	29

Buchtipps

30

Veranstaltungen

31

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nachdem die Grippewelle auch in unserer (ohnehin schmal besetzten) Redaktion gewütet hat, erhalten Sie die erste Kontraste-Ausgabe des Jahres diesmal etwas später als gewohnt. Der Aktualität des Schwerpunktthemas tut dies allerdings keinen Abbruch, denn die gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Finanzkrise werden uns wohl noch eine Zeit lang beschäftigen.

Vermutlich erinnern Sie sich noch an die Vorwürfe diverser FinanzexpertInnen, dass die ÖsterreicherInnen zu konservativ veranlagen würden und zu wenig Risikobereitschaft zeigten. Was fehle, sei das Vertrauen in den Aktienmarkt, der sich nur dadurch entsprechend entwickeln könne. Als Vorbild wurde auf die angelsächsischen Länder verwiesen, deren Bevölkerung diesbezüglich ein höheres Reifestadium auszeichne. Diese „FinanzexpertInnen“ sind jetzt – wenig verwunderlich – ziemlich still geworden. Und gegenwärtig können sich alle diejenigen glücklich schätzen, die nicht den Verlockungen „lukrativer“, aber eben ein wenig riskanter finanzieller Engagements erlegen sind.

Nun könnte man einwenden, dass die Finanzkrise ohnehin nur Personen traf, die über ein gewisses Vermögen verfügten, das sie für Investitionen bereitstellen konnten, und dass sich die sozialpolitischen Auswirkungen der Krise insofern in Grenzen hielten. Ob dem

wirklich so ist, dem wurde im gemeinsam mit der Kontraste-Redaktion veranstalteten Volkshilfe-Ad-Hoc-Gespräch „Finanzkrise – gesellschaftspolitische Auswirkungen“ nachgegangen, das am 18. Dezember 2008 an der Kunstuniversität Linz stattfand.¹ Referentin Christa Schlager von der AK Wien stellte dabei fest, dass es durch die Finanzkrise zu einer enormen Vermögensvernichtung kam, wovon in erster Linie Wohlhabende betroffen waren. Andererseits verfügten diese immer noch über genügend Vermögen, die Verluste seien insofern nicht existenzbedrohend. Anders sei dies bei DurchschnittsverdienerInnen, die sich kleine Kapitalpolster angelegt hätten, die nun weg seien. Das Hauptproblem sei aber, dass viele Betriebe, sofern sie nicht überhaupt in Konkurs gehen, im Gefolge der Krise Produktionen einschränken und Arbeitsplätze wegrationalisieren. Die steigende Arbeitslosigkeit bewirke einerseits einen direkten Einkommensausfall und insofern erhöhte Armutsgefährdung bei den Betroffenen, andererseits einen Druck auf die Löhne der Noch-Beschäftigten. Die gegenwärtig favorisierte Lösung, die Krise mittels Kurzarbeit „durchtauchen“ zu wollen, stellt zwar einen intelligenten Ansatz dar, da die Arbeitsplätze (zunächst) erhalten bleiben, hat aber dennoch Einkommensverluste für die Betroffenen zur Folge, was sich wiederum negativ auf den privaten Konsum auswirkt.

D.h. von der Finanzkrise sind letztendlich sehr wohl breite Bevölkerungsschichten wie auch Ärmere be-

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Grundlegende Richtung: Als Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik berichten die KONTRASTE über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen sowie über relevante sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, sowohl in Österreich als auch international. Zudem dienen die KONTRASTE als Kommunikationsplattform für an Sozialpolitik Interessierte.

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: der Verein "Sozialwissenschaftliche Vereinigung", mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik.

Die Sozialwissenschaftliche Vereinigung hat ihren Sitz in Linz (Adresse: Altenbergerstr. 69, 4040 Linz). Zweck des Vereines ist die Förderung

der Sozialwissenschaften. Dazu gehören die Veranstaltung von Tagungen und Symposien, das Verlegen und Verbreiten von Druckschriften, die praxisrelevante Vermittlung von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, die Förderung der Zusammenarbeit von TheoretikerInnen und PraktikerInnen sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Verein ist unabhängig und parteipolitisch nicht gebunden. Er arbeitet auf gemeinnütziger Basis.

Vereinsvorstand: Dr. Christine Stelzer-Orthofer (Vorsitzende), Univ.Prof. Dr. Johann Bacher (Vorsitzender-Stellv.), Univ.Prof. Dr. Josef Weidenholzer (Vorsitzender-Stellv.), Irene Auinger (Kassierin), Dr. Johanna Klammer (Kassierin-Stellv.), Mag. Angela Wegscheider (Schriftführerin), Manfred Lipp (Schriftführer-Stellv.).



Das Podium beim Volkshilfe-Ad hoc-Gespräch am 18.12.2008 (von links): Beat Weber, BEIGEWUM, Christa Schlager, AK Wien, Moderatorin Dagmar Andree, Martin Rümmele (Attac), Josef Weidenholzer (Volkshilfe). Foto: hs

troffen, während die gesellschaftlichen Eliten sowie jene, die die Krise mit verursachten, größtenteils recht glimpflich davonkommen dürften. Während Banken und bestimmte Produktionszweige (z.B. die Automobilindustrie) in den letzten Jahren Rekordgewinne erwirtschafteten, sollen ihre Verluste nun sozialisiert werden. Das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Dem Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) zufolge habe die Krise offengelegt, welche wichtige gesamtwirtschaftliche Funktionen Banken haben. Eine dauerhafte staatliche Beteiligung an ihnen wird deshalb als sinnvoll erachtet. Da eine wesentliche Ursache der Krise darin gesehen wird, dass dem Finanzmarkt zu viele Freiheiten eingeräumt wurden, wird nun eine strengere Regulierung und Überprüfung des Finanzmarkts eingefordert. So soll es nach BEIGEWUM-Vorstellungen künftig zu einer Standardisierung und Vereinfachung von Finanzprodukten sowie zu einer Bewilligungspflicht für Finanzinnovationen kommen. Weiters dürften Bereiche der Daseinsvorsorge, etwa die Alterssicherung, nicht dem Finanzmarkt überantwortet werden, sondern müssten im gesamtgesellschaftlichen bzw. staatlichen Aufgabenbereich verbleiben. Schließlich sollten unseres Erachtens die jetzt überall lancierten Konjunkturpakete nicht bloß traditionelle Sparten wie die Autoindustrie und die Bauwirtschaft beflügeln, sondern auch die Bereiche Bildung und Soziales berücksichtigen, wo es gleichfalls massiven Investitionsbedarf (etwa in der Pflege) gibt.

Die Krise sollte somit als Anlass genommen werden, vom bisherigen – finanzmarktorientierten – wirtschaftspolitischen Kurs abzurücken und gemeinwirtschaftliche Aspekte wieder mehr in den Blick zu nehmen. Man sollte dabei auch dem Umstand Beachtung schenken, dass eine wesentliche Ursache der Krise in der Anhäufung riesiger Vermögen zu sehen ist, die dann irgendwie veranlagt werden mussten (vgl. Beitrag Beat Weber). Die Forderung nach einer adäquaten steuerlichen Belastung dieser Vermögensmassen (inklusive dem Schließen von Steueroasen) lässt sich deshalb gleichfalls als zentrale Konsequenz aus den gegenwärtigen Turbulenzen ableiten. Sollte es jedoch zu keiner derartigen Richtungsänderung kommen und versucht werden, trotz Wirtschaftskrise „business as usual“ zu betreiben, steht zu befürchten, dass – wie es Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer in seinem Schlusswort zur Veranstaltung ausdrückte –, jene, die mit einfachsten Lösungen und Schuldzuweisungen aufwarten, die politische Ernte der Krise einfahren werden, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Anmerkung

- 1 Für die Initiative zu dieser Veranstaltung und die gelungene Kooperation bedanken wir uns sehr herzlich bei Volkshilfe OÖ-Geschäftsführer Karl Osterberger. Weiters danken wir Thomas Martetschläger (Volkshilfe) für die Mitwirkung bei der Organisation und Kollegin Manuela Hiesmaier für die Mitarbeit bei der Konzeption der Veranstaltung.



Rege Publikumsbeteiligung bei der Abschlussdiskussion. Foto: hs

Finanzkrise löst weltweiten Konjunkturreinbruch aus

Die Weltwirtschaft befindet sich vor dem Hintergrund der dramatischen Verschärfung der Finanzkrise in einem markanten Abschwung. Nach vier Jahren mit einem Wirtschaftswachstum von real etwa 5 Prozent kühlte sich die Konjunktur bereits 2007 ab, der Welthandel wurde zuletzt nur noch wenig ausgeweitet. Eine weitere Abschwächung der Weltwirtschaft im Jahr 2009 ist absehbar, prognostiziert das WIFO.

Der Konjunkturabschwung wurde durch die Krise auf dem Immobiliensektor der USA eingeleitet, die in den Vereinigten Staaten eine Stagnation der Wirtschaft und einen Rückgang der Importe zur Folge hatte. Dazu kam der merkliche Anstieg der Weltmarktpreise von Rohöl und Nahrungsmitteln, der die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Industrie- und anderen rohstoffimportierenden Ländern dämpfte. Empfindlich verstärkt wurde der Abschwung schließlich durch die internationale Finanzkrise.

Der Zusammenbruch des Marktes für Subprime-Hypotheken in den USA im Sommer 2007 und die Solvenzkrise der Investmentbanken in den USA und der Hypothekendarbanken in der EU im Frühjahr 2008 gingen mit schweren und hartnäckigen Liquiditätskrisen auf den Interbankenmärkten einher. Die Finanzkrise verschärfte sich im September 2008 erneut, als in den USA die Eigenkapitalbasis der beiden großen Hypothekendarbanken erodierte, weitere Investmentbanken sowie ein großer Versicherungskonzern Konkurs anmeldeten bzw. von Geschäftsbanken oder der US-Notenbank übernommen werden mussten. Die Liquiditäts- und Solvenzkrise erfasste das gesamte Bankensystem in den USA und in der Folge auch jenes in der EU. Daraufhin wurden Rettungspläne für den Finanzsektor beschlossen, die eine Sicherstellung der Liquiditätsversorgung, die Sicherung der Spareinlagen und die Rekapitalisierung der Banken zum Ziel haben. Eine dauerhafte Stabilisierung des Finanzsystems ist damit nach Ansicht der WIFO-Forscher Stefan Ederer und Markus Marterbauer jedoch wahrscheinlich noch nicht gelungen.

USA: Expansive Zins- und Budgetpolitik

Die Realwirtschaft wird durch die Finanzkrise schon seit einem Jahr beeinträchtigt. Am stärksten sind bis-

lang die USA von den direkten Effekten betroffen. Die Wohnbauinvestitionen liegen um 42 Prozent unter ihrem Höchstwert vom IV. Quartal 2005, die Konsumausgaben waren in den Sommermonaten rückläufig und seit Herbst 2007 sinken die Importe stetig. Damit entfällt ein wichtiger Nachfragemotor für die Weltwirtschaft.

Allerdings hat die Wirtschaftspolitik der USA auf die Rezessionsgefahr sehr expansiv reagiert: Die Federal Funds Rate wurde um insgesamt 4 Prozentpunkte herabgesetzt, dazu kamen Steuersenkungen im Ausmaß von gut einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Mit diesen Maßnahmen gelang eine temporäre Stabilisierung der Konjunktur. Wegen der restriktiven Kreditvergabe durch den Finanzsektor, des Rückgangs der Aktiennotierungen und des Einbruchs des Marktes für Unternehmensanleihen haben sich jedoch die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen deutlich verschlechtert. Verluste an Immobilien- und Aktienvermögen sowie der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt beeinträchtigten die finanzielle Lage der privaten Haushalte und mündeten in einem Rückgang der Konsumnachfrage. Derzeit expandieren nur noch der Export und die Staatsnachfrage.

Bei ihrer Anfang November erstellten Analyse gingen die beiden Wirtschaftsforscher davon aus, dass die US-Wirtschaft 2008 noch geringfügig wächst. Für das 2. Halbjahr 2008 und für die folgenden Quartale rechnen sie aber mit einer rückläufigen Grundtendenz des BIP. Zusätzliche expansive Maßnahmen der Zins- und Budgetpolitik halten sie für wahrscheinlich.

EU: Baldige Konjunkturstabilisierung zeichnet sich nicht ab

In der EU konnte sich die Wirtschaft – wie vom WIFO erwartet – nicht vom Konjunkturabschwung in den USA abkoppeln. Zum einen war davon die Industrie über die Abschwächung von Export und Investitionen betroffen, der von der Europäischen Kommission erhobene Vertrauensindex sank seit Mitte 2007 von seinem Höchstwert drastisch und liegt nun bereits auf dem Niveau der Rezession 2001. Zum anderen konnte die private Konsumnachfrage wegen des starken Preisanstiegs auf Verbraucherebene die Konjunktur nicht stabilisieren. Der Konjunkturreinbruch war in jenen Ländern besonders markant, die in eine Immobilienkrise geraten sind. Das sind in erster Linie Großbritannien, Irland und Spanien.

Im Euro-Raum sank das BIP saisonbereinigt im II. Quartal gegenüber der Vorperiode um 0,2 Prozent, für das 2. Halbjahr 2008 rechnet das WIFO mit einem

weiteren Rückgang. Für das gesamte Jahr 2008 ergibt sich noch ein Anstieg des BIP um real etwa 1,2 Prozent. Eine baldige Stabilisierung der Konjunktur zeichnet sich nicht ab. Ederer und Marterbauer erwarten, dass sich der seit dem Frühjahr zu beobachtende leichte Anstieg der Arbeitslosenquote in den kommenden Monaten erheblich beschleunigen wird. Die europäische Wirtschaftspolitik reagierte im Oktober auf die Bankenkrise, koordinierte Maßnahmen zur Vermeidung einer Rezession wurden allerdings noch nicht ergriffen.

In den neuen EU-Ländern war die Konjunktur bislang von der Binnennachfrage getragen. Dies schirmte die Wirtschaft gegenüber der Eintrübung der Weltkonjunktur etwas ab. Das BIP expandiert 2008 real noch um 4,9 Prozent. Doch die rege Konsum- und Investitionsnachfrage birgt laut WIFO auch erhebliche Risiken: Die Verschuldung der privaten Haushalte - zu einem erheblichen Teil in Fremdwährung - erhöhte sich in den letzten Jahren beträchtlich und die Leistungsbilanzdefizite erreichten ein außergewöhnlich hohes Niveau. Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen wird die Nachfrage der privaten Haushalte abrupt dämpfen, den Druck auf die Wechselkurse verstärken und die gesamtwirtschaftliche Expansion empfindlich bremsen, prognostizieren die Wirtschaftsforscher.

Deutliche Verringerung des Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern

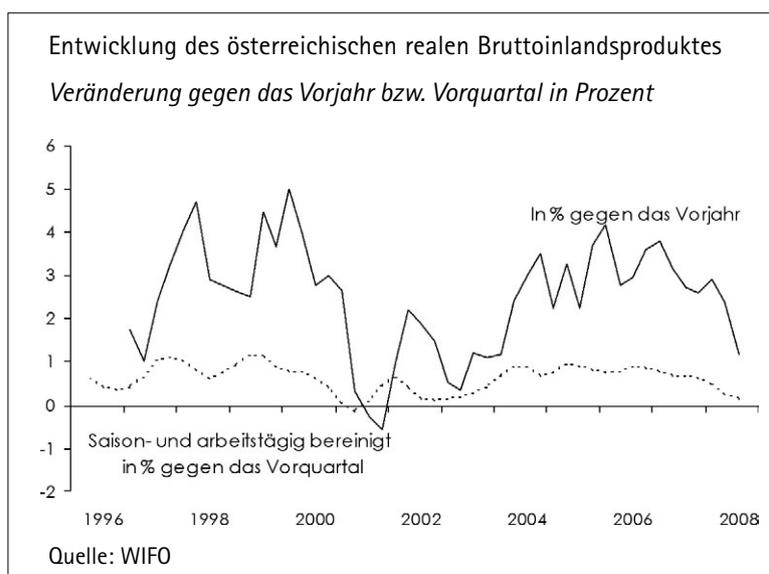
Die Schwellenländer können sich der Abschwächung der Weltkonjunktur gleichfalls nicht entziehen. Seit Anfang 2008 lässt hier das Exportwachstum nach, die

Investitionstätigkeit der Unternehmen und die Konsumnachfrage der privaten Haushalte blieben in vielen Regionen hingegen bis zuletzt rege. Jedoch beeinträchtigen die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen (etwa durch den starken Rückgang der Aktienkurse) und die Verteuerung von Nahrungsmitteln die Rahmenbedingungen für die Binnennachfrage.

Das Wirtschaftswachstum wird sich deshalb auch in den dynamischen Regionen der Weltwirtschaft merklich verringern, allerdings von einem hohen Niveau ausgehend. So expandierte das BIP in China im III. Quartal 2008 noch um gut 9 Prozent, gegenüber fast +12 Prozent im Jahr 2007. Für das Jahr 2009 rechnen Ederer und Marterbauer mit einer weiteren Verlangsamung der Expansion.

Die weltweite Dämpfung der Nachfrage hat einen Rückgang der Rohstoffpreise zur Folge. Der Erdölpreis hat sich gegenüber seinem Höchstwert vom Frühsommer bereits halbiert. Damit dürfte das Problem hoher Inflationsraten rasch abklingen. Die Volatilität der Wechselkurse zwischen den großen Währungen ist sehr groß. Die deutliche Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar in den letzten Monaten spiegelt die Erwartung der Devisenmärkte einer relativ schärferen Rezession im Euro-Raum und die unterschiedliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zwischen den USA und dem Euro-Raum wider (vgl. Übersicht 1).

Die Finanzkrise verschärfte sich jüngst neuerlich, die Realwirtschaft wird zunehmend in Mitleidenschaft gezogen, die Aussichten für die Weltwirtschaft sind derzeit besonders unsicher, resümieren Ederer und Marterbauer. Was die nahe Zukunft betrifft, sind sie wenig optimistisch: „Selbst wenn man unterstellt, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der USA und der EU-Länder eine Stabilisierung des Finanzsystems erreichen können, werden die Finanzmärkte auch 2009 erheblichen Belastungen ausgesetzt sein. Eine Erholung der Weltwirtschaft kann wohl nur dann einsetzen, wenn auf dem Immobilienmarkt der USA eine Wende eintritt und die Liquiditäts- und Solvenzprobleme der Finanzinstitute gelöst werden. Dennoch dürften die Belastungen, die etwa von schwachem Kreditwachstum oder hoher Arbeitslosigkeit ausgehen, auch mittelfristig die Expansion der Weltwirtschaft merklich bremsen.“



Übersicht 1: Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenquote und Inflation in der EU

	BIP, real		Verbraucherpreise		Arbeitslosenquote	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				In % der Erwerbspersonen	
EU 27	+ 2.9	+ 1.5	+ 2.3	+ 4.0	7.2	6.9
Dänemark	+ 1.7	± 0.0	+ 1.7	+ 4.0	3.8	2.5
Schweden	+ 2.7	+ 0.8	+ 1.7	+ 3.6	6.1	5.5
Großbritannien	+ 3.1	+ 0.9	+ 2.3	+ 3.8	5.3	5.4
Euro-Raum	+ 2.6	+ 1.2	+ 2.1	+ 3.6	7.4	7.5
Belgien	+ 2.8	+ 1.5	+ 1.8	+ 5.0	7.5	7.0
Deutschland	+ 2.5	+ 1.7	+ 2.3	+ 3.0	8.4	7.5
Irland	+ 6.0	- 1.3	+ 2.9	+ 3.5	4.6	5.7
Griechenland	+ 4.0	+ 3.2	+ 3.0	+ 4.6	8.3	7.8
Spanien	+ 3.7	+ 1.2	+ 2.8	+ 4.7	8.3	10.7
Frankreich	+ 2.2	+ 0.8	+ 1.6	+ 3.4	8.3	7.5
Italien	+ 1.5	- 0.1	+ 2.0	+ 3.8	6.1	6.8
Luxemburg	+ 4.4	+ 3.3	+ 2.7	+ 4.7	4.1	4.1
Malta	+ 0.1	+ 3.7	+ 2.9	+ 0.7	4.8	6.4
Niederlande	+ 3.5	+ 2.0	+ 1.6	+ 2.5	3.2	2.8
Österreich	+ 3.1	+ 2.0	+ 2.2	+ 3.4	4.4	4.2
Portugal	+ 1.9	+ 0.5	+ 2.4	+ 3.0	8.1	7.5
Slowenien	+ 6.1	+ 4.3	+ 3.8	+ 6.3	4.9	4.3
Finnland	+ 4.5	+ 2.2	+ 1.6	+ 4.1	6.9	6.3
Zypern	+ 4.4	+ 3.6	+ 2.2	+ 4.8	3.9	3.7
Neue EU-Länder ¹⁾	+ 6.2	+ 4.9	+ 4.2	+ 6.5	7.7	6.5
Bulgarien	+ 6.2	+ 6.0	+ 7.6	+ 12.8	6.9	5.5
Tschechien	+ 6.6	+ 4.2	+ 3.0	+ 6.6	5.3	4.4
Estland	+ 7.1	- 1.5	+ 6.7	+ 11.3	4.7	4.3
Lettland	+ 10.3	± 0.0	+ 10.1	+ 11.9	6.0	5.8
Litauen	+ 8.8	+ 3.6	+ 5.8	+ 11.8	4.3	4.6
Ungarn	+ 1.3	+ 1.3	+ 7.9	+ 6.8	7.4	7.6
Polen	+ 6.6	+ 5.5	+ 2.6	+ 4.4	9.6	7.2
Rumänien	+ 6.0	+ 7.5	+ 4.9	+ 8.2	6.5	6.0
Slowakei	+ 10.4	+ 7.5	+ 1.9	+ 4.1	11.1	10.4

Quellen: Eurostat, WIFO-Berechnungen. BIP und Verbraucherpreise gewichtet mit dem BIP zu Kaufkraftparitäten von 2007. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2007. 2008: WIFO-Prognose. - ¹⁾ Ohne Slowenien, Malta und Zypern.

Auch Österreich auf dem Weg in die Rezession

Auch hierzulande wirkt sich die internationale Finanzkrise nun voll auf die Realwirtschaft aus. Vom Export ausgehend, greift der Konjunkturunbruch auf alle anderen Nachfragekomponenten über. Im III. Quartal 2008 wuchs die österreichische Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal kaum mehr (+0,1%). Die exportorientierte Sachgütererzeugung verzeichnete bereits einen deutlichen Rückgang (-0,8%).

Im Vorjahresvergleich verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum merklich von 2,9 Prozent im I. Quartal auf 1,2 Prozent im III. Quartal. Ausgangspunkt dieser Entwicklung waren die Exporte: Ihr Vorjahresabstand verringerte sich von +6,7 Prozent im I.

Quartal auf +1,5 Prozent im III. Quartal. Das spiegelt den weltweiten Konjunkturabschwung wider: In den USA, in Japan und im übrigen Europa herrscht bereits Rezession, in Österreich einstweilen noch nicht.

Die Auftragslage und die Geschäftserwartungen der heimischen Unternehmen verschlechtern sich drastisch, noch zeichnet sich keine Festigung ab. Die negative Beurteilung der Wirtschaftslage breitet sich mittlerweile von der Sachgütererzeugung auf die Dienstleistungen aus. Die durch die Finanzkrise getriebene Stimmung drückte im III. Quartal die Umsätze im Einzelhandel (real 0,1% gegenüber dem Vorjahr). Dieser litt unter den relativ kräftigen Preiserhöhungen und der Kfz-Handel unter den pessimistischen Erwartungen der Verbraucher.

Übersicht 2: Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2006	2007	2007			2008		
			II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal
Veränderung gegenüber Vorquartal in %								
<i>Real, saison- und arbeitstägig bereinigt</i>								
Konsumausgaben insgesamt			+ 0.1	+ 0.6	+ 0.4	- 0.4	+ 0.7	- 0.1
Private Haushalte ¹⁾			- 0.1	+ 0.3	+ 0.4	+ 0.2	+ 0.2	+ 0.2
Staat			- 0.1	+ 1.6	+ 0.8	- 2.3	+ 2.5	- 1.0
Bruttoinvestitionen			+ 0.6	+ 0.6	+ 0.6	+ 0.8	+ 0.6	+ 0.6
Bruttoanlageinvestitionen			+ 0.9	+ 0.9	+ 0.7	+ 0.7	+ 0.7	+ 0.5
Ausrüstungen			+ 1.3	+ 1.1	+ 0.8	+ 0.9	+ 1.1	+ 0.5
Bauten			+ 0.3	+ 0.4	+ 0.5	+ 0.5	+ 0.2	+ 0.0
Exporte			+ 2.1	+ 1.7	+ 1.2	+ 0.7	+ 0.2	+ 0.3
Waren			+ 1.7	+ 1.2	+ 1.7	+ 1.0	- 0.6	+ 0.3
Dienstleistungen			+ 1.9	+ 1.8	+ 1.5	+ 1.1	+ 0.9	- 0.2
Importe			+ 1.5	+ 1.8	+ 1.0	- 0.4	+ 0.7	- 0.0
Waren			+ 1.7	+ 1.7	+ 1.0	- 0.4	+ 0.9	- 0.1
Dienstleistungen			+ 1.2	+ 1.2	+ 0.7	+ 0.3	+ 0.2	+ 0.3
Bruttoinlandsprodukt			+ 0.7	+ 0.7	+ 0.6	+ 0.5	+ 0.3	+ 0.1
Sachgütererzeugung			+ 0.9	+ 1.1	+ 1.6	+ 1.4	- 0.3	- 0.8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
<i>Real, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen</i>								
Konsumausgaben insgesamt	+ 2.4	+ 1.2	+ 1.1	+ 0.8	+ 1.4	+ 0.7	+ 1.1	+ 0.9
Private Haushalte ¹⁾	+ 2.4	+ 1.0	+ 1.0	+ 0.4	+ 1.0	+ 1.0	+ 0.8	+ 1.1
Staat	+ 2.3	+ 1.8	+ 1.2	+ 1.9	+ 2.6	+ 0.1	+ 1.9	+ 0.2
Bruttoinvestitionen	+ 2.4	+ 3.6	+ 2.3	+ 4.2	- 1.1	+ 0.5	+ 5.2	+ 5.6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2.6	+ 4.7	+ 3.1	+ 4.9	+ 3.1	+ 1.6	+ 6.0	+ 0.6
Ausrüstungen	- 0.8	+ 5.9	+ 1.0	+ 8.8	+ 7.9	- 1.7	+10.0	+ 0.2
Bauten	+ 4.2	+ 2.8	+ 3.7	+ 1.4	- 1.2	+ 3.9	+ 2.6	+ 0.3
Exporte	+ 7.5	+ 8.8	+ 9.0	+ 8.2	+ 8.5	+ 6.7	+ 3.4	+ 1.5
Waren	+ 8.2	+ 9.1	+10.9	+ 7.7	+ 6.9	+ 6.6	+ 3.3	+ 1.7
Dienstleistungen	+ 5.3	+ 7.9	+ 3.4	+ 9.6	+13.1	+ 7.0	+ 4.1	+ 1.3
Importe	+ 5.1	+ 7.5	+ 5.3	+ 8.8	+ 6.0	+ 2.9	+ 4.4	- 0.4
Waren	+ 5.2	+ 8.4	+ 5.9	+10.1	+ 5.8	+ 3.0	+ 4.7	- 0.7
Dienstleistungen	+ 4.8	+ 4.0	+ 2.8	+ 4.9	+ 6.6	+ 2.4	+ 3.0	+ 0.5
Bruttoinlandsprodukt	+ 3.4	+ 3.1	+ 3.2	+ 2.7	+ 2.6	+ 2.9	+ 2.4	+ 1.2
Sachgütererzeugung	+ 9.9	+ 5.5	+ 5.4	+ 4.8	+ 4.5	+ 5.2	+ 5.6	+ 2.2
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,1	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,5	+ 5,4	+ 4,0

Quelle: WIFO - ¹⁾Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Tourismusbetriebe verzeichneten eine erfolgreiche Sommersaison. Die Zahl der Nächtigungen erhöhte sich wie die realen Umsätze um 2 Prozent. Auch die Buchungen für die Wintersaison sind zufriedenstellend. Erfahrungsgemäß reagieren die internationalen Reiseverkehrgsausgaben jedoch überdurchschnittlich auf einen Konjunkturunbruch. Laut Wirtschaftsforscher Ewald Walterskirchen wird sich dies in den Umsätzen der nächsten Sommersaison niederschlagen.

Die Preise gaben auf den internationalen Rohwaren- und Rohölmärkten wegen der Dämpfung der Weltnachfrage und der darauf folgenden Baisse-Spekula-

tion stark nach. Gegenüber dem Höchstwert von 140 US-Dollar je Barrel im Juli sank der Rohölpreis seither auf ein Drittel. Anfang Dezember lag er nur knapp über der 40-Dollar-Grenze. Die heimische Inflationsrate ging von 3,8 Prozent im September auf 3,1 Prozent im Oktober zurück. Entscheidend war die Verbilligung von Treibstoffen und Heizöl gegenüber dem Vormonat; auch der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise beruhigte sich (vgl. Übersicht 2).

Wachsende Probleme am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt wird zunehmend von der Konjunkturabschwächung erfasst. Seit Juni hat sich der Be-

schäftigungszuwachs halbiert. Eine Reihe von Großbetrieben meldete Kurzarbeit an (siehe Kasten) und kündigte zunächst die Leiharbeitskräfte. Die Beschäftigung erhöhte sich zwar im November gegenüber dem Vorjahr um 51.300, allerdings lag die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 2006 über dem Vorjahresniveau (+2.000). Am stärksten beeinträchtigte der Auftragsmangel das Stellenangebot, das als Vorlaufindikator für den Arbeitsmarkt gilt: Die Zahl der offenen Stellen war um gut ein Zehntel geringer als im Vorjahr. Der negative Trend am Arbeitsmarkt setzte sich im Dezember fort. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Monat um 8,2 Prozent gestiegen. Beim Arbeitsmarktservice (AMS) waren Ende Dezember 287.147 Arbeitssuchende gemeldet, um 21.841 mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten immer noch geringfügig um 1,3 Prozent. Gegen-

über November stieg die Arbeitslosigkeit teilweise saisonbedingt um 27,3 Prozent bzw. 61.556 Personen. Nach nationaler Berechnungsmethode beträgt die Arbeitslosenquote derzeit 7,8 Prozent. Alle Bundesländer außer Wien, Niederrösterreich und dem Burgenland verzeichneten gegenüber dem Vorjahr Steigerungsraten um über 10 Prozent, Salzburg sogar um über 20 Prozent. Nach Branchen betrachtet stieg die Arbeitslosigkeit am stärksten im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung (+26,7%) und in der Sachgütererzeugung (+21%). Nach Altersgruppen betrachtet gab es den stärksten Anstieg bei den Jobsuchenden unter 25 (+16,5%).

Quellen: WIFO-Pressaussendungen, 12.11.2008 und 10.12.2008, Der Standard, 3./4. Jänner 2009; oesterreich.orf.at, 17.12.2008

Starker Anstieg bei Kurzarbeit

Laut Arbeitsmarktservice (AMS) waren Anfang Dezember 8.900 ArbeitnehmerInnen von Kurzarbeit betroffen. In den Monaten Oktober bis Dezember des Vorjahres hatten dagegen im Schnitt lediglich 200 ArbeitnehmerInnen kurzgearbeitet. Am stärksten betroffen sind die traditionellen Industrieländer Steiermark und Oberösterreich mit 4.406 bzw. 2.905 KurzarbeiterInnen per 1. Dezember 2009.

Nach Branchen ist der Metallbereich am stärksten betroffen, gefolgt von der Holzverarbeitung und der Kunststoffproduktion. So sind unter anderem bei Magna 2.600 Beschäftigte auf Kurzarbeit. Rund 2.000 Beschäftigte arbeiten derzeit beim oberösterreichischen Lkw-Hersteller MAN in Steyr kurz. Die Kosten für die derzeit 8.900 Betroffenen werden vom AMS mit 25 Millionen Euro beziffert. Im Vergleich dazu wurden 2007 insgesamt lediglich 400.000 Euro für Kurzarbeit ausgegeben. Mitte Jänner wurde auch Kurzarbeit für 4.200 MitarbeiterInnen des voestalpine-Konzerns, das sind zehn Prozent der Belegschaft, beschlossen.

Kurzarbeit konnte bislang von den jeweiligen Unternehmen als Überbrückungshilfe für drei Monate angemeldet und um drei Monate verlängert werden. Die Regierung hat nunmehr beschlossen, die mögliche Dauer der Kurzarbeit in Anlehnung an

das deutsche Modell auf maximal 18 Monate auszuweiten. Derzeit darf die Arbeitszeit um maximal 20 Prozent gekürzt werden, künftig soll ein darüber hinausgehendes Unterschreiten der Normalarbeitszeit möglich sein. Weiters soll dann Kurzarbeit – im Gegensatz zur geltenden Regelung – mit Weiterbildung verknüpft werden können.

KurzarbeiterInnen erhalten für die ausfallenden Stunden vom AMS Arbeitslosengeld. Laut Berechnungen der Gewerkschaft verlieren sie im Schnitt zehn bis 15 Prozent ihres Einkommens. Die vereinbarte Kurzarbeit kann nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft eingeführt werden.

Seit Mitte November können auch LeiharbeiterInnen kurzarbeiten. Zuvor waren sie davon ausgeschlossen. Mit dieser Regelung soll verhindert werden, dass nur die Stammebelegschaft vorübergehend kurzarbeitet, während langjährige LeiharbeiterInnen zum Arbeitskräfteüberlasser zurückgeschickt werden. Voraussetzung dafür ist, dass Leiharbeitskräfte wie auch die Stammebelegschaft bereits vor der Kurzarbeit im Betrieb eingesetzt wurden und über die Kurzarbeitsphase hinaus im Betrieb verbleiben. Zudem muss die Stammebelegschaft erhalten bleiben.

Quellen: oesterreich.orf.at, 17.12.2008; www.derstandard.at, 14.01.2009; www.wienerzeitung.at, 18.01.2009

Die Krise verstehen

Beim Ad hoc-Gespräch der Volkshilfe OÖ zur aktuellen Finanzkrise analysierte der Wiener Ökonom Beat Weber die Ursachen und den bisherigen Verlauf der Krise.

Woher kam das Geld?

Die Finanzkrise ist durch das Platzen einer riesigen Finanzmarktblase entstanden, die sich in den letzten Jahren aufgebaut hat, so Weber. Daher stelle sich für ihn zunächst die Frage: Woher kam das Geld hierfür?

Weber nannte drei Hauptquellen: Zum ersten war dies überschüssiges Kapital aus den „emerging markets“, vor allem aus Asien. Während die USA 2007 ein Leistungsbilanzdefizit von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufwies, hatten China einen Exportüberschuss von elf Prozent und die erdölexportierenden Staaten einen Überschuss von zwölf Prozent des BIP (EU +/-0). Das US-Defizit hat den Großteil des globalen Überschusses absorbiert, mit dem Resultat, dass es am Höhepunkt dieser Entwicklung (2006) Kapitalzuflüsse in die USA in der Höhe von 1.200 Mrd. US-Dollar gab.

Eine zweite Ursache für das Anwachsen der Finanzmarktblase sieht Weber in der Verteilungsschieflage in den USA: In den letzten beiden Jahrzehnten konnten dort die obersten EinkommensbezieherInnen außergewöhnliche Einkommens- und Vermögenszuwächse verzeichnen und die untersten Einkommensklassen haben stärker verloren als in anderen Industriestaaten. Die hohen Vermögen, die sich bei wohlhabenden Privaten und Unternehmen angesammelt haben, seien zu einem Gutteil im Finanzsektor veranlagt worden.

Auf der anderen Seite hätten jene mit stagnierendem oder sinkendem Einkommen Kredite aufgenommen, um ihr Konsumniveau aufrechterhalten zu können. Die durchschnittliche Haushaltsverschuldung betrug zuletzt 120 Prozent des Jahreseinkommens, wobei NiedrigeinkommensbezieherInnen in der Tendenz prozentuell höher verschuldet sind. Die Propagierung bargeldloser Zahlungen scheint für diese Entwicklung mitverantwortlich zu sein: Ein US-Haushalt hat im Schnitt 13 Kreditkarten, der gesamte Kreditkartenschuldenstand betrug 2007 eine Billion US-Dollar. Der persönliche Konsum und der private Hausbau erwiesen sich dabei als Wachstumsmotor: Beide Faktoren trugen zu über 90 Prozent zum BIP-Wachstum in den ersten fünf Jahren des aktuellen Konjunkturzyklus bei.

Zum dritten fand eine Risikoindividualisierung insbesondere im Bereich der Altersvorsorge statt. In vielen Staaten wurde anstatt oder neben dem Umlageverfahren das Kapitaldeckungsverfahren forciert. Sowohl einheimische als auch Pensionsfonds aus anderen Staaten haben ihr Kapital in den USA veranlagt.

Das Resultat war ein gigantisches Kapitalangebot: Der Bestand an Finanzvermögen ist in den USA vom Fünffachen des BIP 1980 auf das 9,5-Fache im Jahr 2005 angestiegen.

Was wurde mit dem Geld gemacht?

Der US-Finanzmarkt wurde so zum globalen Zentrum. Der zentrale Punkt war, dass allmählich zu viel Geld für zu wenig profitable Anlagemöglichkeiten vorhanden war. Die erwähnten kontinuierlichen Geldzuflüsse führten zu übertriebenen Preissteigerungen v.a. bei Immobilien und damit verbundenen Finanzgeschäften.

Der in den angloamerikanischen Ländern zu verzeichnende Immobilienboom wurde allerdings auch durch die regierungsseitig propagierte Eigentumsideologie vorangetrieben. Das Konzept der „ownership society“ machte Hausbesitz zum Inbegriff eines guten Bürgers und förderte Hausbesitz als Investment. Durch Steuerbegünstigungen und staatliche Garantien für Hypothekarkredite stieg in Großbritannien der Anteil der HausbesitzerInnen binnen zehn Jahren von 27 auf 57 Prozent und in den USA von 57 auf 69 Prozent an.

Aufgrund der Überliquidität der Banken kam es weiters zur Kreditvergabe auch an bislang nicht Kreditwürdige, an das sogenannte Subprime-Segment. Die Finanzinstitute haben sich zudem selbst stark verschuldet, um mit dem geliehenen Geld ihr Geschäft zu erweitern, vornehmlich im Immobiliensektor sowie bei der Finanzierung von Unternehmensfusionen und der Vergabe von privaten Konsumkrediten.

Die allgemeine exzessive Risikofreudigkeit war Beat Weber zufolge zum einen in einem Überoptimismus begründet, d.h. man war der Ansicht, dass der Boom noch lange anhält, bzw. glaubte an die eigene Fähigkeit, den richtigen Zeitpunkt zum Ausstieg zu erkennen.

Zum anderen wurden Kredite von Banken weiterverkauft und Derivate darauf gebildet. Dadurch wurden komplizierte und intransparente Transaktionsketten geschaffen, mit dem Effekt, dass letztlich niemand mehr überblicken konnte, wo jetzt welche Risiken lagen. So landeten etwa Wertpapiere, deren Wert an die Rückzahlung von Krediten einfacher Neo-Hausbe-

sitzerInnen in den USA gebunden war, in den Büchern von Banken in Europa und anderswo, also so weit entfernt vom Ort des Geschehens, dass die Mehrzahl der Beteiligten wohl nicht so recht wusste, was sie da gekauft hatte. Doch solange alles gut lief, wurde diesem Umstand keine besondere Beachtung geschenkt. Zum dritten war der Glaube an die Effizienz privater Finanzmärkte vorherrschend. Infolgedessen gab es zu wenig Aufsicht und damit zu viel Freiheit für die Finanzinstitute.

Die Krise

Im Laufe des Jahres 2006 wurden Probleme sichtbar, die sich im Sommer 2007 zur Krise verdichteten: Die Immobilienpreise hörten auf zu steigen, weil sich die Einschätzung durchsetzte, dass der Höhepunkt überschritten war. Zahlungsausfälle von Hypothekarkreditnehmern häuften sich und Finanzinstitute, die mit solchen Krediten spekuliert hatten, gerieten in Schwierigkeiten. Es kam zu Notverkäufen, ein allgemeiner Preisverfall von Wertpapieren war die Folge.

Die erwähnten komplizierten Konstruktionen mit dem Weiterverkauf von Krediten wurden erstmals näher betrachtet. In der Folge begann der Überoptimismus im Finanzsektor in allgemeines Misstrauen umzuschlagen und keiner traute mehr irgendwem. Eine derartige Stimmung sei Gift in einem Sektor, der weitgehend auf wechselseitigem Vertrauen basiert, so Weber: „Die Banken wollten plötzlich einander nichts mehr borgen und viele AkteurInnen und Institute, die sich selbst hoch verschuldet hatten und das geliehene Geld in Geschäfte investiert hatten, die jetzt zu flop-pen begannen, kamen ins Trudeln.“

Investoren verkauften jetzt Aktien oder zogen ihre Gelder aus Fonds ab, denen sie nicht mehr trauten. Die Fonds waren deshalb gezwungen, massiv Wertpapiere zu verkaufen, um ihre Anleger auszahlen zu können. Für manche Papiere gibt es derzeit überhaupt keine Käufer, Weber zufolge müssen diese wahrscheinlich völlig abgeschrieben werden. Da viele EU-Banken in den USA investiert hatten, schwappte die Krise auch nach Europa über.

Der Staat musste eingreifen, um eine Abwärtsspirale zu verhindern. Zuerst wurde in den USA vorgeschlagen, die dubiosen Papiere aufzukaufen. Dies erwies sich jedoch als unzureichend, eine direkte Unterstützung der Finanzinstitute erschien unumgänglich. Sowohl in den USA als auch in den EU-Staaten wurden Staatsgarantien für die Kreditvergabe zwischen den Banken beschlossen, um das allgemeine Misstrauen zu beseitigen. Und Banken in Schwierigkeiten wurden



Beat Weber. Foto: hs

zum Teil verstaatlicht oder mittels staatlicher Kredite vor dem Zusammenbruch bewahrt.

Wohin ist das Geld entschunden?

Hinsichtlich der Gesamtverluste des Finanzsektors gibt es unterschiedliche Annahmen: Die Bank of England schätzt diese auf 2,5 Bio. US-Dollar, der Internationale Währungsfonds liegt mit 1,4 Bio. US-Dollar deutlich darunter. Jedenfalls: Das Nettovermögen der privaten Haushalte ist im Verlauf der Krise um rund 2,4 Bio. US-Dollar gefallen. (Zum Vergleich: Das Welt-BIP beträgt aktuell 65 Bio. US-Dollar.)

Beat Weber stellt die Frage nach dem Verbleib dieser Summen: „Wo ist das Geld hin? Hat das jetzt wer anderer?“ Er räumt ein, dass es schon Gewinner gebe: „Wer rechtzeitig ausgestiegen ist, also seine Wertpapiere oder sein Haus zu einem Zeitpunkt verkauft hat, wo die Preise hoch waren, und das Geld auf ein Sparbuch gelegt hat, der hat sozusagen gewonnen.“ Zu den Gewinnern zählt Weber auch die Finanzinstitute, die in den Vorjahren mit ihren Geschäften hohe Gebühren und Gehälter kassiert hätten.

Aber das meiste Geld sei tatsächlich weg, weil die Vermögenssteigerungen der letzten Jahre auf dem Papier stattgefunden haben, ihnen also die Annahme zugrunde lag, dass alle ihre Guthaben zu den bestehenden hohen Preisen verkaufen können. Weber: „Jetzt sind die Preise im Keller, also sind alle Leute, die solche Papiere besitzen, mit einem Schlag weniger reich.“

Fazit

Die Ursachen der Krise seien nicht allein im Finanzsektor zu suchen, resümierte der Ökonom. Denn es waren vor allem die weltwirtschaftlichen Ungleichge-

wichte und die wachsende ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen, die zur großen Masse an Vermögen auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten führten.

Der Finanzsektor war sehr erfindungsreich, um dieses Geld unterzubringen. Allerdings wurden zu wenig solide Geschäfte dafür gefunden und immer mehr dubiose Geschäfte eingegangen. Das wurde nicht beachtet, solange alles gut lief. Das übergroße Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Finanzmärkte führte dazu, dass zu wenig genau kontrolliert wurde, was im Finanzsektor abließ.

Die Krise kam, als allen klar wurde, dass viele unsolide Geschäfte getätigt wurden. Die Krise dauert an, weil der Überoptimismus in allgemeines Misstrauen gekippt ist und nun das Pendel in die andere Richtung

ausschlägt, von der leichtfertigen zur übervorsichtigen Kreditvergabe. Die Folge sei, dass wegen der allgemeinen Kreditknappheit allmählich immer mehr Wirtschaftsbereichen der finanzielle Atem ausgeht.

Was Österreich betrifft, so würden die Banken mehrheitlich ein konservatives Geschäftsmodell verfolgen. Sie sind deshalb von der Finanzmarktblase in den USA wenig berührt, konstatierte Weber. Allerdings sind einige von ihnen stark in Osteuropa engagiert, einer Region, die von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen ist. Die dort zu verzeichnenden Kreditausfälle werden insofern auch heimische Banken treffen.

Quelle: Beat Weber: Die Krise verstehen; Unterlagen für den Vortrag beim Ad hoc-Gespräch der Volkshilfe OÖ, Kunstuniversität Linz, 18.12.2008

Folgewirkungen der Finanzkrise auf Konjunktur und Verteilung

Christa Schlager beleuchtet die Hintergründe der Finanzkrise, deren Verteilungswirkung sowie die absehbaren Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Weiters schlägt sie eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Sicherung des Sozialstaats auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Hintergründe der Finanzkrise – Ausgangspunkt und Voraussetzungen

Die Finanzkrise ist keine Naturgewalt, sondern ein Versagen von marktwirtschaftlich organisiertem Wirtschaften. Auch wenn ihr Auftreten und ihre Schärfe nicht exakt vorhersehbar waren, so gab es dennoch Voraussetzungen in der vergangenen Wirtschaftspolitik, die ihr Entstehen und ihre Ausbreitung begünstigten.

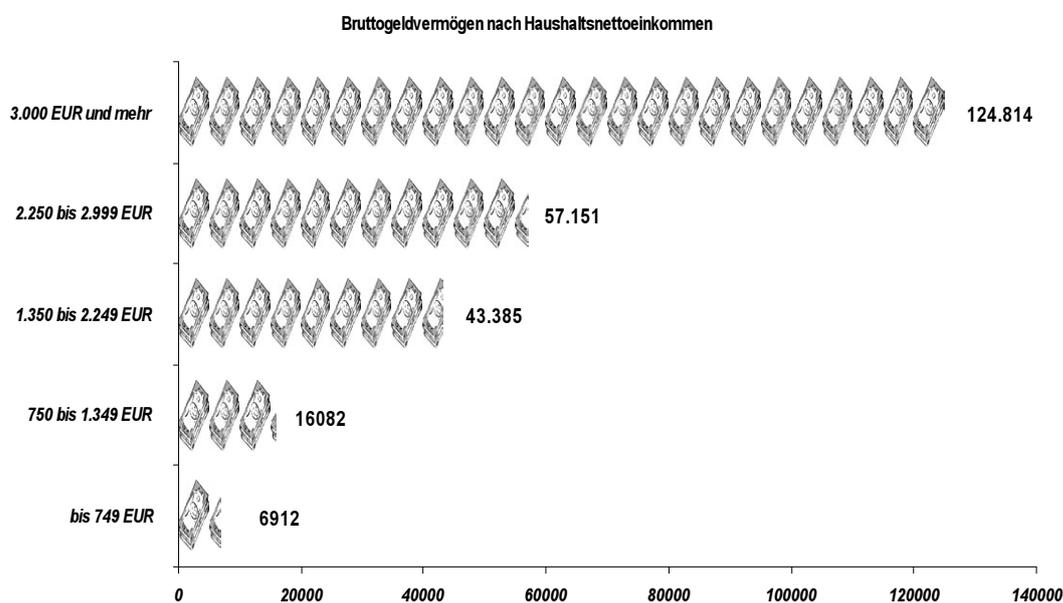
Neben den Problemen innerhalb des Finanzsektors (siehe Beitrag von Beat Weber) werden zunehmende Verteilungsungleichgewichte in Einkommen, Vermögen und Macht als Teil des Problems identifiziert (vgl. BEIGEWUM 2008). Diese steigenden Ungleichgewichte können auch in Österreich gezeigt werden: In den letzten 30 Jahren ist die Bruttolohnquote von ca.

75 Prozent auf unter 65 Prozent, d.h. um rund 10 Prozentpunkte gefallen. Die einseitige Steuerbelastung auf den Faktor Arbeit ist hingegen gestiegen: Die Nettolohnquote fiel noch stärker als die Bruttolohnquote von ca. 50 Prozent auf rund 35 Prozent, d.h. um rund 15 Prozentpunkte! Im Gegenzug wurden in Österreich in den letzten Jahrzehnten die Vermögens- und die Gewerbesteuer abgeschafft, der Körperschaftsteuersatz gesenkt, die Einheitswerte bei der Grundsteuer seit 30 Jahren nicht angepasst, die Erbschafts- und Schenkungssteuer abgeschafft und Steuerprivilegien bei den Privatstiftungen und bei der Gruppenbesteuerung eingeführt. All das zeigt, dass Gewinne und Vermögen weniger besteuert wurden



Christa Schlager. Foto: hs

Vermögenskonzentration in Österreich



Bruttogeldvermögen = Betrag auf Girokonten + Spareinlagen inklusive Bausparen + Wert der Anleihen + Wert der börsennotierten Aktien + Wert der Investmentzertifikate (Aktienfonds, Rentenfonds, gemischte Fonds, Immobilienfonds, Hedgefonds, Geldmarktfonds) + Wert der Unternehmensbeteiligung
+ Kumulierte Prämienzahlung der Lebensversicherung. Quelle: http://oebn.co.at/de/img/gewi_2006_2_05_tcm14-43181.pdf S113

und Kapital schneller akkumuliert werden konnte. Diese Entwicklung wird dem internationalen „Steuerwettbewerb“ zugeschrieben. Dieser hat international noch viel größere Dimensionen, da weltweit große Vermögen in Steueroasen geparkt wurden.

Vermögen sind noch ungleicher verteilt als die Einkommen. Die Vermögensstudie der Österreichischen Nationalbank zeigt für Österreich, dass mit steigendem Einkommen das Geldvermögen überproportional wächst. Haben Haushaltseinkommen bis 750 Euro eine Geldvermögensreserve, die ca. neun Monatsnettoeinkommen entspricht, sind es bei 3.000 Euro und darüber über 40 Monatsnettoeinkommen (vgl. Grafik). Ähnliche Entwicklungen, zum Teil mit viel höherer sozialer Ungleichheit, lassen sich für fast alle westliche Staaten zeigen. Die Anhäufung riesiger Vermögen auf der Suche nach lukrativen Veranlagungsmöglichkeiten hat dazu geführt, dass Finanzinstitute mehr Mittel hatten, als durch lukrative Investitionsprojekte absorbiert werden konnten. Daher wurden ständig Finanzprodukte „erfunden“ und schließlich auch unsolide Kredite vergeben. Zum Beispiel Kredite an ärmere Personen, um Häuser auf Kredit zu kaufen, die sie sich eigentlich gar nicht leisten konnten. Statt unleistbare Kredite wären für diese Leute staatliche

Unterstützungsmaßnahmen oder sozialer Wohnbau nötig gewesen – finanziert aus angemessenen Einkommens- und Vermögenssteuern. Die Weigerung, Teile des Einkommens und Vermögens über das Budget ärmeren Bevölkerungsschichten zu Gute kommen zu lassen, und stattdessen zu versuchen, über Verschuldung diesen Personen Geld zu geben, ist schief gegangen. Durch staatliche Umverteilung zu den unteren Einkommensschichten wäre hingegen eine Kombination aus hoher privater Konsumnachfrage und nachhaltigem Wirtschaftswachstum möglich gewesen. (vgl. BEIGEWUM 2008)

Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft

Die Krise der Finanzmärkte schlägt nun massiv auf die Realwirtschaft durch. Laut Dezember-Prognose des WIFO wird die Wirtschaft der Eurozone 2009 um mehr als 1 Prozent schrumpfen. Erst gegen Ende 2009 könne wieder mit einer leichten Belebung und damit 2010 mit einem geringfügigen Wachstum in der Höhe eines halben Prozents gerechnet werden. Als kleine offene Volkswirtschaft kann sich Österreich dem internationalen Trend nicht entziehen. Für 2009 wird eine Rezession mit einem Rückgang im Ausmaß von 0,5 Prozent des realen BIP prognostiziert. Die Arbeits-

losenquoten werden sich daher von 2008 auf 2010 von 3,5 auf 4,1 (in Prozent der Erwerbspersonen lt. Eurostat) bzw. von 5,8 auf 6,9 Prozent (in Prozent der Unselbständigen lt. Arbeitsmarktservice) erhöhen. Damit wird mit zusätzlich 30.000 bis 45.000 Arbeitslosen mehr gerechnet. Die aktuelle Prognose ist allerdings mit sehr großen Risiken behaftet und kann als eher optimistisches Szenario angesehen werden.

Wie lässt sich die Krise bekämpfen?

Die umfangreichste Maßnahme der Bundesregierung ist die Steuersenkung im Jahr 2009 mit 2,3 Mrd. Euro. Diese Steuersenkung soll im März 2009 beschlossen werden und rückwirkend per 1.1.2009 gültig sein. Das Volumen liegt deutlich unter den von AK/ÖGB geforderten 3,5 Mrd. Euro, doch ist es bei allen Einkommensstufen, die Einkommenssteuer bezahlen, so, dass die Betroffenen die Steuersenkung auch merken und so ein positiver Konjunkturimpuls erwartet werden kann. In den bereits beschlossenen Konjunkturpaketen I und II liegt der Schwerpunkt auf Infrastrukturinvestitionen. Insgesamt belaufen sich die geplanten Maßnahmen auf rund 1,8 bzw. 1,9 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2009 und 2010 (vgl. Tabelle).

Die zentrale Maßnahme in einer Krise ist aus verteilungspolitischer Sicht die Sicherung des Sozialstaats. Folgende Maßnahmen wären hierfür notwendig:

- Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS), die Erhöhung der Nettoersatzrate für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, die Entlastung der niederen Einkommen durch eine Negativsteuer.
- Aktive Arbeitsmarktpolitik, Beschäftigung im öffentlichen Dienst: Bildung, Betreuung, Pflege
- Stabilisierung der Krankenkassen und des Pensionssystems
- Beitrag der VerursacherInnen zur Finanzkrise: Finanztransaktionssteuern, Abschaffung von Steuerprivilegien und -oasen, angemessene Vermögensbesteuerung

Alle genannten Maßnahmen hätten eine positive Verteilungswirkung! Teilweise sind sie bereits im Regierungsprogramm vorgesehen, problematisch ist, dass die unter dem Titel „Maßnahmen für die aktive Arbeitsmarktpolitik“ und „Mindestsichernde Elemente und Vereinfachungen im Arbeitslosenversicherungsrecht“ aufgelisteten Maßnahmen unter einem generellen Finanzierungsvorbehalt¹ stehen.

Entscheidend für die wirtschaftliche Situation des kommenden Jahres wird sein, dass alle angekündigten Maßnahmen – und auch bereits weitgehend beschlossene – so rasch wie möglich umgesetzt werden, damit sie ihre positive Wirkung entfalten können und damit dem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut entgegengewirkt werden kann.

Verteilungswirkungen der Krise

Eine gesicherte Einschätzung über die Verteilungswirkungen der Krise kann nicht abgegeben werden. Es gibt hier mehrere Entwicklungen, die teilweise parallel laufen und sich in der Wirkung teilweise aufheben.

Generell ist die Unsicherheit gestiegen und verschiedene Risiken können Individuen in unterschiedlicher Weise treffen: steigende Arbeitslosigkeit, Wertverluste von Tilgungsträgern in Kreditverträgen, von Vorsorgeveranlagungen (2. und 3. Säule des Pensionssystems), von Aktien und anderen Finanzprodukten, von Immobilien etc.

Auf der Seite der Reichen und Wohlhabenden

- ist eine enorme Vermögensvernichtung zu beobachten. Die Summen schwanken stark, der Internationale Währungsfonds spricht von weltweit rund 1.500 Mrd. Dollar an Verlusten 2008. Dies trifft insbesondere die Finanzinvestitionen, durch das Platzen der Immobilienblase sinkt aber auch in einigen Staaten der Wert der Häuser und Grundstücke enorm. Da jemand Vermögen besitzen muss, um es zu verlieren, kann davon ausgegangen werden, dass die Verluste die schiefe Vermögensverteilung kurzfristig etwas verringern.

Auf der anderen Seite

- müssen selbst enorme absolute Verluste nicht zwingend existenzbedrohend sein, der Verlust von kleinen Kapitalpolstern kann mitunter aber ebendies bedeuten;
- sind auch mittlere Einkommen von den Problemen mit Krediten mit Tilgungsträgern und Vorsorge in der zweiten und dritten Pensionssäule betroffen;
- trifft die steigende Arbeitslosigkeit, die mit einem direkten Einkommensausfall und Lohndruck sowie steigender Armutsgefährdung einhergeht, in der Regel nicht die Verursacher der Krise, sondern unbeteiligte Dritte;
- sehen wir uns einer Entwicklung gegenüber, wo in den vergangenen Jahren Rekordgewinne privat erwirtschaftet wurden, Verluste durch Banken- und andere Rettungspakte für die Wirtschaft (z.B. Automobilindustrie) jetzt sozialisiert werden, d.h.

Volumen der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen (in Mio. Euro)

	2008	2009	2010	Gesamt
ALV-Senkung	150	300	300	
Nationalratssitzung Herbst 2008				
Summe Nationalratssitzung	520	1.029	1.147	
Konjunkturpaket I				
Infrastruktur ÖBB		100	200	700 Mio. bis 2013
Infrastruktur ASFIANG		50	50	200 Mio. bis 2013
Erhöhung der Breitbanddienste		10		
Summe KP I mit Haftungen AWS	0	160	250	
Konjunkturpaket II				
Kostenloser Kindergarten		70	70	
Forschung und Entwicklung		50	50	
Infrastruktur BIG Kosten		400	475	875 Mio. bis 2010
Degressive Abschreibung		230	340	
Thermische Sanierung		50	50	
Summe KP II	0	800	985	
Steuerreform				
Lohnsteuer		2.350	2.350	
Familienpaket		500	500	
Summe Steuerreform	0	2.850	2.850	
SUMME	670	5.139	5.532	
in Prozent des BIP	0,2%	1,8%	1,9%	

Quelle: AK Wien, Schweitzer

durch allgemeine Steuermittel getragen werden müssen, die hauptsächlich von kleineren und mittleren Einkommen stammen;

- versuchen die wirtschaftlichen Eliten, ihre eigenen Rettungspakete (Banken systemerhaltend – too big to fail) zu bestimmen, was zeigt, dass eine Machtumverteilung bisher nicht stattgefunden hat;

- ist nicht zu vergessen, dass die westlichen Staaten mit der nationalen Krisenbekämpfung befasst sind und damit primär auf sich selbst schauen. Mittel für Entwicklungs- und Schwellenländer, die ebenfalls durch die Weltwirtschaftskrise betroffen sind und stärker unter solchen Krisen zu leiden haben, werden vergessen. Vergangene Krisen in ärmeren Staaten haben mittelfristig eine negative Verteilungswirkung gezeigt, d.h. die Krise wird wohl die Ärmsten am härtesten treffen!

SozialMarie 2009

Bereits zum fünften Mal findet heuer die Ausschreibung zur Sozialmarie, dem Preis für innovative Sozialarbeit, statt. Bis zum 13. Februar 2009 können innovative Sozialprojekte aus der Wirtschaft, der Verwaltung und dem NGO-Bereich eingereicht werden. Den Ehrenschatz haben diesmal der Kabarettist und Schauspieler Michael Niavarani und der Olympiasieger Thomas Geierspichler übernommen.

Nähere Informationen zur SozialMarie findet man unter: www.sozialmarie.org

*Christa Schlager, AK Wien
Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik*

Anmerkung

- 1 D.h. sie werden nur dann umgesetzt, wenn ausreichend Budgetmittel hierfür zur Verfügung stehen.

Literatur

BEIGEWUM 2008: BEIGEWUM, Stellungnahme und Forderungen zur Finanzkrise (Oktober 2008), http://www.beigewum.at/TCgi/TCgi.cgi?target=home&P_Txt=167

Finanzkrise bringt Verunsicherung bei Konsumenten

Aufgrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben viele das Gefühl, dass ihr Erspartes auf der Bank nicht mehr sicher ist. Die Finanzkrise legt laut Arbeiterkammer OÖ zahlreiche Beratungsfehler der Vergangenheit und einige Gesetzeslücken offen. Die AK fordert daher strengere Maßstäbe für die Anlageberatung ein.

Alleine in Oberösterreich haben sich heuer über 6.000 Betroffene an die Geld- und Kreditexperten der Konsumenteninformation der AK gewandt. Knapp die Hälfte suchte in den letzten drei Monaten Unterstützung. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Anfragen um 25 Prozent. Die Zahl der tatsächlich Betroffenen wird aber um ein Vielfaches höher eingeschätzt.

Spareinlagen

Vor allem am Anfang der Finanzkrise im September wandten sich viele Konsument/innen mit Anfragen in Bezug auf die Sicherheit der Spareinlagen an die AK. Hier konnte durch die Einlagensicherung des Staates neues Vertrauen geschaffen und der Abfluss von Kapital ins Ausland verhindert werden. Nach der aktuellen österreichischen Gesetzeslage haftet die Einlagensicherung für private Kontoguthaben (z.B. auf Girokonten, Sparbüchern aller Art, Sparkarten, Festgeldkonten) bis 31.12.2009 zu 100 Prozent. Geht eine Bank ab 1.1.2010 in Konkurs, werden immerhin noch bis zu 100.000 Euro pro Person ausgezahlt. Im Falle einer Insolvenz sind die Ansprüche bei der zuständigen Einlagensicherungseinrichtung anzumelden. Sind alle Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, erhalten die Betroffenen nach spätestens drei Monaten das Kapital plus Zinsen (zum Tag der Konkurseinbringung) ausgezahlt.

In Österreich gab es bislang einzig mit der isländischen Kaupthing-Bank Probleme. Doch auch hier erhielten die betroffenen Sparer/innen schließlich ihre Einlagen ausbezahlt. Dennoch zeige dieses Beispiel, so die AK-Vertreter, wo die Gefahren für Sparer/innen liegen. Das Bonitätsrisiko der Banken werde auf die Konsument/innen abgewälzt. Die österreichischen Sparer/innen hätten aber weder die Informationen noch die Kenntnisse, um abschätzen zu können, welche Bank als sicher zu bewerten ist und welche nicht. Deshalb fordert die AK von den europäischen Finanz-

markt-Aufsichtsorganen, für strenge Regeln für die Banken und maximale Sicherheit für die Sparer/innen zu sorgen. Entspricht die Einlagensicherung eines Landes nicht dem Sicherheitslevel österreichischer Banken, so soll diese entweder kein Einlagengeschäft in Österreich tätigen dürfen oder einer österreichischen Einlagensicherungseinrichtung beitreten müssen.

Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge

Die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge sei seit ihrer Einführung problematisch und dementsprechend groß sei auch das Informationsbedürfnis der Konsument/innen, berichtete AK-Konsumentenschützer Georg Rathwallner bei einem Pressegespräch Mitte Dezember in Linz. Durch die komplexe Vertragsgestaltung und die mangelhaften gesetzlichen Vorgaben komme es oft zu Missverständnissen und Enttäuschungen. Die Beratung beim Verkauf ist in vielen Fällen mangelhaft. Leider sei manchmal der Vorteil des Beraters oder der Bank das wichtigste Verkaufskriterium, wie z.B. im folgenden Fall:

Familie S. befindet sich in einer angespannten finanziellen Situation. Mit dem Privatkredit ist man im Zahlungsrückstand und beim Gehaltskonto ist der Überziehungsrahmen bereits ausgeschöpft. Da für eine nicht aufschiebbare Anschaffung nochmals dringend 800 Euro benötigt werden, setzt sich Herr S. mit seiner Bankberaterin in Verbindung. Diese würde eine zusätzliche Kontoüberziehung bewilligen, wenn Herr S. für sich und seine Frau eine staatlich geförderte Zukunftsvorsorge abschließe. Laut Beraterin seien diese beiden Verträge zur Absicherung notwendig. Den Kunden bleibt keine Wahl.

Da die Familie mit einem monatlichen Einkommen in Höhe von 1.300 Euro kaum genug zum Leben hat, können schon die Rückzahlungen für den Kredit und die Kontoüberziehung von insgesamt ca. 5.000 Euro oft nur schwer geleistet werden. Es ist daher nicht überraschend, dass die Familie die zusätzliche Belastung für das Vorsorge-Produkt nicht lange verkraftet. Sie wollen die Zukunftsvorsorgeverträge auflösen und das bereits angesparte Kapital in Höhe von mehr als 3.000 Euro für Kreditrückzahlungen verwenden. Völlig geschockt müssen sie allerdings feststellen, dass sie frühestens nach Ablauf der gesetzlichen Mindestbindfrist von zehn Jahren an ihr Geld kommen – und dann unter Umständen mit Verlust.

Die Familie hätte nach Ansicht der AK – wenn überhaupt – eine reine Risikoabsicherung gebraucht. Diese wäre günstiger mit einer Ablebens- oder Kreditschuldversicherung möglich gewesen. Die monatlichen Prä-

mien, die in die Zukunftsvorsorge geleistet wurden, wären besser in die Rückzahlung des Kredits und der Kontoüberziehung investiert gewesen, denn kein risikoloses Anlageprodukt bringt so hohe Guthabenzinsen, wie ein Kredit Zinsen kostet. Die Konsumenteninformation hat sich bereits an die Bank gewandt und die Rückabwicklung der Verträge gefordert, weil die Familie aus Sicht der AK falsch beraten wurde.

Ein Problem stellen laut Rathwallner vor allem die wenigen und unkonkreten gesetzlichen Bestimmungen dar: „Sie führen zu einem unübersichtlichen Angebotsdschungel, dem die Konsument/innen in vielen Fällen hilflos gegenüber stehen. Ein staatlich gefördertes Produkt sollte klare, von allen Anbietern zu erfüllende Anforderungen erfüllen. Wesentliche Bedingungen und Verfügungsbeschränkungen dürfen nicht nur im Kleingedruckten vermerkt sein. Ebenso sollten die Anbieter verpflichtet sein, die garantierten Mindestleistungen bereits im Angebot offenzulegen. Wenn der Staat fördert, dann sollte er das nur unter fairen und nachvollziehbaren Bedingungen tun.“ Die Arbeiterkammer OÖ fordert die zuständigen Ministerien dazu auf, endlich ein langfristiges, faires und einfaches Vorsorgeprodukt zu schaffen, das ausschließlich den Konsument/innen dient und nicht für die Belebung der Branche oder der Wiener Börse zweckentfremdet wird.

Aus ihrer Beratungserfahrung leitet die AK-Konsumenteninformation folgende Forderungen zur prämienebegünstigten Zukunftsvorsorge ab:

- Einheitliche und von der Finanzmarktaufsicht (FMA) genehmigte Verträge
- Garantierter Mindestertrag
- Verpflichtende Angaben zur garantierten Rente und Ablösesumme in der Polizze
- Kündigung auch in den ersten zehn Jahren möglich (ähnlich Bauspar-Vertrag)
- Verbot von vertraglicher Verlängerung der Mindestbindungsdauer über zehn Jahre
- Keine versteckten Kosten, z.B. in Zusatzleistungen
- Abschaffung der zwingenden 40-prozentigen Aktienquote

Anlegerfehlberatung

Bei Anlageprodukten zeigten sich in den letzten Monaten vermehrt die Fehler der Vergangenheit. In vielen Fällen wurde hier Berater/innen aus dem Familien- und Bekanntenkreis vertraut. Deren angebliche Unabhängigkeit, Ausbildung und ihr „Insiderwissen“ lassen schriftliche Unterlagen oft zur Nebensache

werden. Es zählt das mit den Berater/innen Besprochene – man kennt sich ja. Auf das Durchlesen des kaum durchschaubaren Vertragswerks wird verzichtet und auch das Beratungsprotokoll wird „pro forma“ unterschrieben. Im Schadensfall aber werden von den Unternehmen genau diese schriftlichen Unterlagen als Beweis vorgelegt. Denn hier sind die vereinbarten Leistungen, Risikohinweise, Laufzeiten, Nachteile bei Kündigung, Kosten und alle produktrelevanten Informationen zu finden.

Vielen geschädigten Konsument/innen, die sich bei der AK OÖ melden, war das Risiko ihrer Veranlagung nicht bewusst, berichtet Rathwallner: „Aus den Schilderungen leiten wir in diesen Fällen ab, dass die betrauten Berater/innen ihren Aufgaben und Sorgfaltspflichten nicht nachkamen. Riskante Wertpapierveranlagungen wurden vor allem durch Strukturvertriebsmitarbeiter/innen in alle Wohnzimmer getragen. In Zeiten fallender Aktienkurse merken die unerfahrenen Anleger/innen nun, welches Risiko sie eingegangen sind. Viele der Betroffenen haben ihr gesamtes Vermögen verloren.“

Aus der Beratungspraxis der AK

Herr Martin M. schloss im Februar 2007 auf Empfehlung seines Beraters (eines gewerblicher Vermögensberaters) eine Veranlagung über 13.000 US-Dollar (10.119 Euro) bei einer amerikanischen Firma ab. Im Beratungsgespräch erläuterte der Berater, dass die Veranlagung jederzeit gekündigt werden und Herr M. sein Kapital herausnehmen könne, wann er wolle. Bei vorzeitiger Auflösung entfalle zwar die Verzinsung, die Kapitalgarantie wurde aber jedenfalls zugesagt. Ein Anlegerprofil wurde zu dieser Veranlagung nicht erstellt, da der gesamte graue Kapitalmarkt vom Wertpapieraufsichtsgesetz ausgenommen ist. Im September 2007 wollte Herr M. seine Veranlagung kündigen.

Trotz einer Warnung der FMA im November 2006 hat der Berater seinem Kunden noch im Februar 2007 diese unseriöse Veranlagung empfohlen und vermittelt; für die AK ein klarer Verstoß gegen die allgemeinen vorvertraglichen Aufklärungs- und Sorgfaltspflichten eines Vermögensberaters. Die Arbeiterkammer OÖ hat Herrn M. in einem Musterverfahren unterstützt. Das Gericht hat zugunsten des Konsumenten entschieden. Doch vom Berater fehlt jede Spur. Obwohl ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, muss Herr M. weiter um sein Geld bangen. Der Vermögensberater benötigte für den Verkauf der Beteiligung keine Konzession und damit gibt es auch kein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das die Haftung übernehmen muss. Eine eigene Haftpflichtversicherung

braucht ein Vermögensberater auch nicht. So kann Herr M. nur hoffen, dass sein Berater selbst etwas auf der hohen Kante hat, worauf nun im Exekutionsweg zugegriffen werden kann.

Elf weitere Konsument/innen, die sich an die AK wandten, hatten auf die Empfehlung ein und desselben Vermögensberaters hin Veranlagungen in Immobilienwerten getätigt. Alle Betroffenen schilderten übereinstimmend, dass die von dem Berater empfohlenen Produkte als sehr sicher dargestellt wurden. Der Berater hatte den Anlegern sogar schriftlich mitgeteilt, die volle Haftung für das jeweilige Gesamt-Portfolio im Falle von Rückgängen zu übernehmen.

Nach Meinung der Expert/innen der Konsumenteninformation liegen hier grobe Verstöße gegen die Wohlverhaltensregeln des Wertpapieraufsichtsgesetzes vor. Zusätzlich seien die Konsument/innen durch die Verharmlosung des Risikos und die persönlichen Haftungszusagen in Sicherheit gewogen und in die Irre geführt worden. Sie haben durch die Veranlagungsempfehlungen des Beraters beträchtliche Verluste erlitten. Die Konsumenteninformation hat sich bereits schriftlich an den Vermögensberater gewandt. Eine Antwort erhielt sie bisher nicht. Nach Schilderung der Geschädigten ist der Vermögensberater nicht mehr erreichbar.

Obwohl die geschilderten Sachverhalte sehr ähnlich sind und die Haftungszusage durch den Vermögensberater ident ist, können die Geschädigten nicht gemeinsam und kostengünstig vor Gericht eine Entscheidung suchen. Da es in Österreich keine Gruppenklage gibt, muss für jeden Betroffenen einzeln eine mit hohen Kosten verbundene Klage eingebracht werden. Die Arbeiterkammer OÖ prüft derzeit einen Musterprozess. Gäbe es die Möglichkeit einer Gruppenklage, könnten alle Betroffenen gemeinsam vertreten werden.

Diese Beispiele zeigen, dass es sich bei den Problemen zwar um Individualfälle handelt, viele Probleme aber aufgrund gesetzlicher und struktureller Lücken erst entstehen können, so Rathwallner. Die Arbeiterkammer OÖ fordert den Gesetzgeber daher auf, diese Lücken umgehend zu schließen. Konkret schlägt sie folgende Maßnahmen vor:

- Haftpflichtversicherung auch für gewerbliche Vermögensberater/innen
- Online-Beraterregister inklusive Versicherungsunternehmen und Versicherungssumme
- Aus für Finanzdienstleistungsassistenten

- Verstärkte Ausbildung und unabhängige Prüfung für gewerbliche Vermögensberater
- Erhöhtes Rücktrittsrecht von zwei Wochen beim Abschluss von Finanzdienstleistungen
- Provisionsregelungen im Versicherungsvertragsgesetz für Nettopolizzen
- Informationspflicht der Finanzmarktaufsicht im Zweifel für die Anleger
- Erhöhte Durchsetzungsmöglichkeiten für Geschädigte in Form der Gruppenklage
- Kein Verkauf von stillen Beteiligungen als Haustürgeschäft
- Verteilung der Verkaufsprovision auf die gesamte Laufzeit

Welche Anlageformen sind noch sicher?

Da sich für viele Konsument/innen derzeit vor allem die Frage stellt, wo man in Zeiten der Wirtschaftskrise noch einigermaßen sicher sein Geld veranlagen kann, gab Rathwallner abschließend einige dahingehende Empfehlungen ab. Diese gingen vor allem in Richtung Sparbücher bei österreichischen oder deutschen Banken sowie Bausparverträge und festverzinsliche Anleihen. Letztere sollte man aber nicht vor Ablauf auflösen. Aktien sollte man nur dann verkaufen, wenn der Kurs günstig ist und nicht, wenn man gerade Geld benötigt. Rathwallner warnte vor stillen Beteiligungen – „man wird Unternehmer“ –, es handle sich dabei um ein Risikopapier, das nur bei Vorhandensein eines großen Vermögens ratsam sei. Man soll zudem kein Produkt kaufen, das man nicht kennt und kein Papier unterschreiben, das man nicht versteht. Beratungsprotokolle soll man sich durchlesen und die Unterschrift darunter gut überlegen, auch wenn die Beratung durch so genannte „Freunde“ durchgeführt wurde. AK-Präsident Johann Kalliauer ergänzte, dass Vorsicht insbesondere bei neuen Finanzprodukten geboten sei. Er geht davon aus, dass die von der AK vorgeschlagenen strengeren Maßstäbe für die Anlageberatung (s.o.) auch im Interesse der Banken liegen müssten. Präventiven Schulungsmaßnahmen steht Konsumentenschützer Rathwallner aufgrund seiner Erfahrungen eher skeptisch gegenüber: „Da geht keiner hin.“ Besser angenommen würden die einschlägigen Informationen auf der AK-Homepage. Eine bislang unerfüllt gebliebene Forderung der AK sei es, in den Schulen, etwa im Polytechnikum, ein Unterrichtsfach „Konsumentenleben“ (o.ä.) einzurichten.

Quelle: Sparen und Anlegen in der Krise. Unterlagen zum Pressegespräch der Arbeiterkammer Oberösterreich, 17.12.2008, Presseclub Linz

Britisches TV-Programm informiert über Kreditrisiken

In Großbritannien laufen angesichts der Finanzkrise öffentlich geförderte und von der Finanzregulierungsbehörde genehmigte Fernseh- und Weiterbildungsprogramme an, um AnlegerInnen und KreditnehmerInnen über Risiken aufzuklären. Mit der Open University- und BBC-Koproduktion "The Money Programme" auf BBC 2 möchte die OU Business School einen verbraucherorientierten Beitrag zur Aufklärung in der Finanzkrise leisten.

Es geht um eine Reihe von gleichermaßen informativen wie auch brisanten Themen: Warum wurde es den britischen VerbraucherInnen zu leicht gemacht, Schulden zu machen? Wieso haben viele AnlegerInnen nicht genau hingesehen, als ihnen BankberaterInnen "faule" Finanzanlagen verkauften? Weshalb sind zehntausende EigenheimbesitzerInnen - trotz Hilfen der britischen Regierung - von Zwangsversteigerungen betroffen? Fast 40 Prozent der Briten wohnen in Eigentum. Gut 8,2 Millionen Haushalte haben Hypotheken aufgenommen. Die AutorInnen der Serie stellen die kritische Frage, warum der Besitz eines eigenen Hauses so stark in der britischen Mentalität verwurzelt ist, dass die meisten lieber extrem hohe Schulden in Kauf nehmen, als in Miete zu wohnen, auch wenn sie es sich nicht leisten können. "Hier sind Aufklärung und eine Änderung der Einstellungen bitter nötig", erklärte Janette Rutterford, Professorin für Finanzmanagement an der OU Business School und



Janette Rutterford informiert ihre ZuhörerInnen in Frankfurt über die Aktivitäten der OU Business School. Quelle: Open University/idw

Über die OU Business School

Die OU Business School ist eine Fakultät der Open University. Als größte britische staatliche Universität mit über 200.000 Studierenden und ermöglicht die Open University akademische und berufliche Weiterbildung im betreuten Fernstudium. Gute Englischkenntnisse sind wichtig. Denn an der Fernuniversität wird nur Englisch gesprochen. Alle Hochschulabschlüsse sind international anerkannt. Die OU Business School gilt als größte Business School in Europa und ist führender Anbieter von MBA-Abschlüssen in Großbritannien. Sie bietet eine große Auswahl an verschiedenen einführenden Studiengängen bis hin zu Master- und Promotionsstudiengängen. Weitere Informationen unter:

<http://www.open.ac.uk/>

Ratgeberin der TV-Produktion, den 40 Gästen, die ihren Vortrag zur weltweiten Kreditkrise in Frankfurt am Main im Oktober besuchten. Die Deutschen seien von der Schuldenfalle nicht so stark betroffen wie viele EngländerInnen oder AmerikanerInnen, meint Rutterford. "Zahlungsunfähige Wohnungs- oder HauseigentümerInnen in Großbritannien schieben ihre Schulden fürs Eigenheim zwischen ihren sechs oder sieben Kreditkarten hin und her und zahlen auf ihre Hypothekenzinsen 25 bis 30 Prozent Kleinkreditzinsen an die Kreditkartenbank", führte die Finanzexpertin aus. Dies könne weder für den Einzelnen noch für die Kreditkartenkonzerne lange gut gehen. So sei es in England durchaus üblich, mehrere Kreditkarten zu haben. Oft sind es Menschen, die mit Geld nicht so gut umgehen können. Wenn dann das Auto auf Leasing, das Haus auf Kredit und die Einkäufe über die verschiedenen Kunden- und Kreditkarten laufen, ende das schnell in einer finanziellen Katastrophe. Die Professorin kritisierte in diesem Zusammenhang auch die englischen Banken, die oft sehr leichtfertig Karten ausstellten, ohne die Bonität ihrer Kunden zu überprüfen. "Wir leisten auf beiden Seiten Wissensvermittlung und Aufklärung", sagte die Professorin.

Finanzblogs für jedermann

Erst kürzlich erhielt die Open University 100.000 Britische Pfund vom Verband der britischen Wirtschaftsprüfer (Association of Chartered Certified Accountants) zur Erstellung weiterer Schulungs-

und Aufklärungsmaßnahmen in der Finanzkrise. Dabei handelt es sich um ganz unterschiedliche Programme. So wurden Finanz-Blogs für jedermann auf der offenen OU-Open2.net-Website eingerichtet. Hier veröffentlichen OU Business School-ExpertInnen allgemeine Informationen zur Wirtschaft, zum Umgang mit Geld und Finanzprodukten, beantworten Fragen und moderieren Foren. Die Zielgruppen und Programme der Open University sind unterschiedlich. "Wir haben Weiterbildungsprogramme für den Durchschnittsverbraucher, für ethnische Minoritäten, für unsere Studenten, aber auch für Manager und Geschäftsführer eingerichtet", erklärt Rutterford. Ein Kurs mit Abschlusszertifikat richtet sich speziell an FinanzserviceberaterInnen in Call Centern oder bei Banken. Für Fach- und Führungskräfte bietet die OU Business School auch bestimmte Module auf akademischem Niveau an, so beispielsweise den Kurs "Investment in a Uncertain World". Banker, Führungskräfte im Management oder Selbstständige können auch einen anerkannten Abschluss in Finanzdienstleistungen abschließen. Innerhalb der MBA- oder Finance-Masterprogramme kommen ihnen Module wie

"Kernpunkte der internationalen Finanz- und Investmentwelt" zugute.

Die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers hat auch vielen AnlegerInnen in Deutschland und Österreich schmerzhaft vor Augen geführt, dass nicht immer alle Bankprodukte sicher sein müssen. Wiederholte Hinweise von VerbraucherschützerInnen haben viele AnlegerInnen, aber offenbar auch die BeraterInnen, nicht sonderlich ernst genommen. Besonders in der Kritik stehen Banken, die falsch beraten haben sollen und AnlegerInnen Produkte anboten, die an ihrem Bedarf vorbeigingen. "Letztendlich ist jeder selbst verantwortlich, was er kauft", meint Janette Rutterford: „Wissen ist Macht, für Käufer und Verkäufer gleichermaßen.“

Quelle: Beatrix Polgar-Stüwe: Kreditkrise: Open University setzt sich für Verbraucheraufklärung und Weiterbildung von Bankservicearbeitern und Managern ein, Pressemitteilung der Open University, 03.11.2008

Krise als Chance

Hans Holzinger von der Salzburger Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen sieht in der aktuellen Finanzkrise auch einen geeigneten Anlass für die Attraktivierung eines postkonsumistischen Lebensstils.

Hohe Summen werden aufgeboten, um die maroden Banken wieder fit zu kriegen und zu verhindern, dass die Wachstumsmaschine "Wirtschaft" ins Stocken gerät. Doch bestünde die Chance der aktuellen Krise nicht darin zu erkennen, dass deren zentrale Ursache gerade in der Vorstellung von permanentem Wachstum liegt? Ein System, das auf andauernde Erhöhung der "Treibstoffzufuhr" angewiesen ist - sei es in Form von Öl oder Kapital -, kann nicht stabil sein. Unser Wohlstand hat uns viele Annehmlichkeiten beschert. Doch irgendwann gibt es ein Genug. So wäre endlich der Mut gefordert, uns einzugestehen, dass wir über unsere Verhältnisse leben - ökologisch wie ökonomisch.

Der vor kurzem erschienene Living Planet Report 2008, der den ökologischen Fußabdruck von gut 170

Staaten ausweist, spricht folgerichtig nicht nur von einer ökonomischen, sondern auch von einer "ökologischen Kreditkrise". Wir leben nicht bloß von den Zinsen des Naturkapitals, sondern knabbern die Substanz - insbesondere durch den Klimawandel. Zweieinhalb Planeten der Qualität der Erde wären nötig, würden alle Menschen so wirtschaften und konsumieren wie wir im reichen Europa, so die Kernaussage des Konzepts vom ökologischen Fußabdruck. Da beruhigt nicht, dass etwa die USA noch bedeutend mehr Ressourcen verbrauchen.

Neben einem Konjunkturpaket für die überfällige Energiewende ginge es demnach auch um ein geistiges Konjunkturpaket, das einen postkonsumistischen Lebensstil schmackhaft macht. Die Ankurbelung des "privaten Konsums" über die Befriedigung von Grundbedürfnissen hinaus ist aus der Nachhaltigkeitsperspektive ökologisch kontraproduktiv. Garantierte Mindesteinkommen, die attraktives Wohnen oder Lebensmittel guter Qualität für alle leistbar machen, sind sinnvoll. Konsumschübe, die noch mehr Flachbildschirme über die Verkaufsrampen gehen lassen oder Fernflugtickets über die Schalter der Reisebüros, sind es nicht.

Nachhaltiger und zukunftsfähiger wäre hier "öffentlicher Konsum", das heißt Investition in Bildung, Soziales und Kultur. Umstieg auf Qualitätswachstum erfordert dabei auch eine neue Steuerkultur, sprich die Beteiligung aller an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben gemäß ihrem Vermögen. Dies nicht zuletzt, um die drohende Zunahme von Arbeitslosigkeit abfedern zu können: etwa durch Förderung neuer Arbeitszeitmodelle, die Kürzer-Arbeiten attraktiver machen,

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen und dem um sich greifenden Stress entgegenwirken. Denn: Es gibt auch ein Leben nach bzw. jenseits der (Erwerbs-)Arbeit.

Hans Holzinger

*Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
www.jungk-bibliothek.at*

BEIGEWUM fordert stärkere Regulierung des Finanzsektors

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) nahm Ende Oktober zur aktuellen Finanzkrise Stellung und formulierte darin acht Forderungen für einen Kurswechsel in der Finanzpolitik.

1. Umverteilung

Die aktuelle Krise ist nach Ansicht des BEIGEWUM nicht nur ein Versagen des Finanzsektors, sondern auch Ergebnis der zunehmenden Verteilungsschiefelage der letzten Jahre. Die Ansammlung gigantischer Vermögen auf der Suche nach lukrativen Veranlagungsmöglichkeiten habe dazu geführt, dass die Finanzinstitute mehr Geld zur Verfügung hatten, als durch lukrative Investitionsprojekte absorbiert werden konnte. Deshalb wurden schließlich auch unsolide Kredite vergeben, etwa an ärmere Bevölkerungsschichten, die damit Häuser auf Kredit kauften, die sie sich eigentlich gar nicht leisten konnten. Statt dieser unstatthafter Kredite wären hier direkte staat-

liche Unterstützungsmaßnahmen oder sozialer Wohnbau nötig gewesen, findet der BEIGEWUM. Diese Maßnahmen hätten über höhere Einkommens- und Vermögenssteuern finanziert werden können. Eine staatliche Umverteilung hin zu den unteren Einkommensschichten hätte zudem die private Konsumnachfrage angekurbelt und damit die Konjunktur am Laufen gehalten.

2. Staatshilfen nur gegen Auflagen

Dass einzelne Banken nun verstaatlicht werden müssen, ruft in Erinnerung, dass Banken eine wichtige öffentliche Funktion haben, die durch Renditedruck in Mitleidenschaft geraten kann. Eine Rückkehr zum öffentlichen Eigentum an Banken könnte diese öffentliche Funktion wieder stärken. Falls eine steuerfinanzierte Sanierung der Banken nötig ist, sollte das nach Ansicht des Beirats mit einer Vermögenssteuer und einem Zuschlag von 20 Prozent zur Einkommenssteuer für das oberste Fünftel der EinkommensbezieherInnen finanziert werden. Denn dies seien jene, die von der Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahrzehnte besonders profitiert hätten. Die betroffenen Banken, sofern sie in privater Hand bleiben, sollten den Staat für sein Einspringen entschädigen.

Kritische Expertise zur österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) ist ein Verein von österreichischen SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. Der Verein bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen der österreichischen Wirtschafts- und So-

zialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen. Gegründet 1985, liegen die inhaltlichen Tätigkeitsschwerpunkte in Arbeiten zur Budget- und Verteilungspolitik und zu Fragen der Europäischen Integration sowie in der Herausgabe der vierteljährlichen Zeitschrift Kurswechsel.

Nähere Informationen: <http://www.beigewum.at>

Kritik am österreichischen Krisen-Paket

Das Bundesgesetz zur Stärkung des Interbankenmarkts ist für den BEIGEWUM aus drei Gründen problematisch:

I. Anteile an Banken, die der Staat zur Krisen-hilfe erwirbt, sollen nach Erreichen des Zwecks wieder privatisiert werden. Da Banken eine wichtige öffentliche Aufgabe erfüllen und diese Aufgabe durch private Eigentümer, die rein auf Rendite bedacht sind, leicht vernachlässigt werde (bzw. auch durch Banken der öffentlichen Hand, die einem wachsenden Renditedruck ausgesetzt werden), sieht der Beirat die Krise als Gelegenheit, über dauerhafte staatliche Beteiligung die öffentlichen bzw. volkswirtschaftlichen Dienstleistungsaufgaben der Banken nachhaltig zu stärken.

II. Als Gegenleistung für die staatliche Rekapitalisierung werden im Gesetz eine Reihe von Kann-Bestimmungen (bzgl. Kreditgewährung, Mittelverwendung, Gehälter, Eigenmittelausstattung, Dividendenpolitik, Arbeitsplatzert halt, Zeitvorgaben, Rechenschaft, Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen) genannt. Diese Bedingungen müssten nach BEIGEWUM-Ansicht verpflichtend

verankert werden. Gefordert werden zudem eine Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament und nicht bloß gegenüber dem Finanzminister sowie eine Unterstützung für KleinkreditnehmerInnen: Die Banken sollten einen Fonds für die Schuldnerberatung bzw. eine unabhängige Beratungsstelle finanzieren, die bei Schuldenproblemen berät. Der gängigen Empfehlung, FremdwährungskreditnehmerInnen sollten sich von ihrer Bank beraten lassen, steht man skeptisch gegenüber, da man bei den BeraterInnen eher ein Interesse an gebührenintensiven Umschuldungen statt an kundenfreundlichen Lösungen vermutet. Gefordert wird außerdem ein Verbot bestimmter geschäftlicher Praktiken, beispielsweise der Verknüpfung von Kleinkundengeschäften mit komplexen riskanten Finanztransaktionen.

III. Im Gesetz fehlen dem BEIGEWUM Details über die Verteilung der Bankgarantien wie auch Kriterien dafür, welche Kreditinstitute als systemrelevant zu gelten haben. Vorgeschlagen wird, staatliche Kapitalspritzen an Banken als Wandelanleihe zu begeben, die nach einer gewissen Zeit optional in Stammaktien umgewandelt werden.

3. Finanzmarktregulierung demokratisieren

Seit zehn Jahren fährt die Europäische Union ein massives Deregulierungsprogramm für den Europäischen Finanzmarkt, kritisiert der Beirat. Geheimniskrämerei könne man ihr dabei allerdings nicht vorwerfen: Jede neue Gesetzesinitiative wird öffentlich zur Konsultation ausgeschrieben. Doch Stellungnahmen kämen fast ausschließlich von den Finanzkonzernen, denn sie allein hätten die notwendige Expertise und entsprechende Ressourcen. Die EU-Regeln für die Finanzindustrie berücksichtigten deswegen viel zu wenig die möglichen Risiken, die von der Finanzwirtschaft für den Rest der Gesellschaft ausgehen. Man brauche daher ein Gegengewicht in den Beratungen über EU-Regeln für die Finanzwirtschaft. Die Europäische Union solle insofern eine Expertise finanzieren, die stärker gesamtwirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Interessen einbringt.

4. Finanzinstitute regulieren

Während die Staatenwelt sich über unregulierte Staatsfonds aufregt, haben große Bereiche der Finanzwirtschaft (Hedge Funds, Private Equity Funds) außerhalb bestehender Regulierungen agiert. Das müsse ein Ende haben. Die steuerliche Absetzbarkeit von hohen Managergehältern als Betriebsausgaben und die steuerliche Begünstigung der Entlohnung über Stock Options sollten nach Ansicht des BEIGEWUM abgeschafft werden.

5. Finanzinstrumente regulieren

Die Finanzindustrie bereitete ihrer Kundschaft in den letzten Jahren ein Feuerwerk an innovativen Finanzprodukten, mit denen angeblich das Risiko besser gemanagt werden könne. Dabei entstanden derart komplizierte Produkte und Transaktionen, dass viele Profis die dahinter liegenden Risiken nicht mehr durchschauten und den Überblick verloren. Somit wurde letztlich das Risiko für das Gesamtsystem ver-

größert anstatt verringert und besser verteilt. Auch ein Jahr nach Ausbrechen der Krise ist noch immer vielfach unklar, welche Risiken wo versteckt sind. Alle Finanzinnovationen sollten deshalb in Zukunft einer Bewilligungspflicht unterliegen und so standardisiert werden, dass sie auf Börsen gehandelt werden und so einer gewissen öffentlichen Beobachtbarkeit unterliegen, fordert der Beirat. Eine verantwortungsvolle Kreditvergabe müsse seines Erachtens gesetzlich erzwungen werden, um KreditnehmerInnen nicht Schulden aufzuhalsen, deren Tragweite sie nicht erkennen und die sie übergroßen Risiken aussetzen, wie dies z.B. bei Fremdwährungskrediten in Österreich oder Subprime-Krediten in den USA der Fall war.

6. Finanzsektor nicht weiter überfordern

Der Finanzsektor habe sich in den letzten Jahren als Risiko-Verwaltungsapparat präsentiert, der seine Sache besser und lukrativer macht als der Staat: Von der Unternehmensführung über die Orchestrierung von Fusionen bis zur privaten Pensionsvorsorge konnte der Finanzsektor immer neue Aufgaben an sich ziehen. Immer mehr Bereiche des Alltags werden mit dem Finanzwesen verknüpft. Da sich der Finanzsektor dabei als Risikoproduzent statt als überlegener Risikoverwalter entpuppt habe, der mit den vielen neuen Aufgaben überfordert ist, tritt der Beirat dafür ein, dass ihm diese Überlasten wieder abgenommen werden. Die Altersvorsorge und andere Aufgaben müssten in staatlicher Verantwortung bleiben.

7. Banker auf die Schulbank

In den letzten Jahren wurde vielfach verkündet, der Bevölkerung fehle es an Wirtschafts- und Finanzbildung. Finanzinstitute präsentierten sich als Schulmeister, die den Leuten das "notwendige Rüstzeug" vermitteln wollten, um richtige Entscheidungen zu tref-

fen – Entscheidungen, die in immer mehr Lebensbereichen die Auswahl zwischen verschiedenen Finanzprodukten betreffen. Jetzt stellt sich heraus, dass die Finanzprofis jahrelang mit Wertpapieren handelten, die sie zum Teil selbst nicht verstanden, und jetzt auf Risiken sitzen, derer sie sich bislang gar nicht bewusst waren. Die Finanzwelt ist ihren eigenen Akteuren zu kompliziert geworden. Das spreche aus Sicht der KonsumentInnen für die Standardisierung und Vereinfachung von Produkten, um sie vergleichbar zu machen. Für die Finanzakteure leite sich aus dieser Erfahrung die Notwendigkeit ab, mit der Finanzbildung zunächst bei sich selbst zu beginnen. Der BEIGEWUM plädiert daher für „Krisengeschichte als Pflichtfach für Bankmanager und marktliberale Politiker.“

8. Stabilisierung der Realwirtschaft

Die Stabilisierung des Finanzsektors sei nur der erste Schritt im Krisenmanagement. Um der drohenden globalen Rezession zu enttrinnen, werden neben weiteren Zinssenkungen der Zentralbanken Konjunkturpakete eingemahnt, welche das Vorziehen von staatlichen Investitionen (z.B. des Ausbaus der Schulen und des öffentlichen Verkehrs) beinhalten. Auch Steuererleichterungen an die untersten Einkommenschichten mit einer hohen Konsumneigung sollten angedacht werden. Gewarnt wird davor, dass insbesondere die europäischen Staaten versuchen, die Rezession durch Lohnzurückhaltung auf Kosten ihrer Nachbarn zu überwinden. Auf EU-Ebene würde dies zu einem kompletten Wegfall der aggregierten Nachfrage führen, was eine Verschärfung der Rezession zur Folge hätte. Notwendig sei vielmehr eine koordinierte europäische Lohnpolitik, die zur Stabilisierung der Nachfrage beiträgt.

Quelle: BEIGEWUM-Stellungnahme zur aktuellen Finanzkrise, 27.10.2008

Literatur zur Finanzkrise

Unter dem Titel "Mit der Bubble-Ökonomie in die Krise" bündelt die Dezember-Ausgabe der vom GESIS-Institut herausgegebenen Reihe "Recherche Spezial" die aktuellsten sozialwissenschaftlichen Literatur- und Forschungsnachweise, die sich mit den Ursachen und den Folgen der aktuellen Finanzkrise beschäftigen. Quellen der mit kurzen Abstracts versehenen Literatur- und Forschungsinformationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken

des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in <http://www.sowiport.de> eingebunden sind. Die Recherche Spezial kann kostenfrei als PDF heruntergeladen werden unter: <http://www.sowiport.de/themen/schwerpunkte/recherche-spezial> oder bei GESIS (s.u.) als Print-Exemplar angefordert werden

*Quelle: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Dreizehnmorgenweg 42, D 53175 Bonn
Weitere Informationen: <http://www.gesis.org>;
<http://www.sowiport.de>*

Lohnhöhe und Lohnstreuung im Nonprofit-Sektor

Ergebnisse einer Analyse österreichischer Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Daten¹

Nonprofit-Organisationen sind u.a. im Bereich der sozialen Dienstleistungen ein bedeutender Dienstgeber. Bis heute ist trotz der nicht zu vernachlässigenden Bedeutung des österreichischen Nonprofit-Sektors nur wenig über Löhne in diesem Sektor bekannt. Im Jahr 2001 gab es in Österreich 11.005 Arbeitsstätten, die dem Nonprofit-Sektor zugehörig sind, was einem Anteil von 2,8 Prozent aller österreichischen Arbeitsstätten entspricht. Insgesamt waren 2005 rund 170.000 entgeltlich Beschäftigte im Nonprofit-Sektor tätig, wobei Werkvertragsnehmer/innen in dieser Zählung nicht inkludiert sind (vgl. Haider et al. 2008: 757). Ein Großteil dieser Arbeitsplätze ist in der Dienstleistungsbranche zu finden. Nach einer Hochrechnung von Trukeschitz waren zum Zeitpunkt 31.12.2001 rund 55.200 Personen entgeltlich in den sozialen Diensten des Nonprofit-Sektors beschäftigt (vgl. Trukeschitz 2006: 219). Ein Teilgrund für diese Wissenslücke im Bereich der Löhne liegt in der begrenzten Verfügbarkeit von relevanten Daten. Vor diesem Hintergrund besteht das Ziel dieses Beitrags darin, Besonderheiten für die Bestimmung der Löhne im Nonprofit-Sektor und Determinanten der Lohnhöhe und der innerbetrieblichen Lohnstreuung in österreichischen Nonprofit-Organisationen (NPO) darzustellen.

Besonderheiten für die Bestimmung der Lohnhöhe und Lohnstreuung in NPO

Im Vergleich zu gewinnorientierten Unternehmen bringen NPO als Organisationen zwischen Staat und Markt besondere Eigenschaften und Voraussetzungen mit, die sich auch auf die Lohnhöhe eines Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin in einer NPO auswirken können.

So unterliegen NPO einem Gewinnausschüttungsverbot, d.h. sie dürfen vorhandene Gewinne nicht an Eigentümer/innen oder Mitglieder verteilen (vgl. z.B. Badelt et al. 2007: 7). Dies könnte das Lohnniveau insofern beeinflussen, als Manager/innen keinen Anreiz haben, durch niedrige Löhne Kosten zu senken. Umgekehrt können die fehlende Gewinnorientierung und eine Missionsorientierung der Organisation auch dazu führen, dass die Organisation zu Gunsten von Sachzielen Kosten senken will und daher versucht,

Personalkosten niedrig zu halten. Die Tätigkeit bzw. die Mission der Organisation kann auch der Grund dafür sein, dass Arbeitnehmer/innen im Nonprofit-Sektor bewusst auf einen Teil ihres Lohns verzichten und diesen der Organisation „spenden“, da sie durch ihre Tätigkeit einen sozial wertvollen gesellschaftlichen Beitrag leisten können („Arbeitsspendenhypothese“; vgl. z.B.: Leete 2006). Zum Teil wird in der vorhandenen Literatur auch von einer höheren Arbeitszufriedenheit und einem höheren intrinsischen Nutzen, d.h. Eigenwert, der Arbeit in NPO ausgegangen, da eine „sozial wertvolle“ Tätigkeit verrichtet werden kann, was sich wiederum in vergleichbar niedrigeren Löhnen zeigt (vgl. Benz 2005). Allerdings muss beachtet werden, dass durch Organisationswachstum und durch eine zunehmende Professionalisierung von NPO auch Spezialist/innen eingestellt werden, die vermehrt extrinsisch, d.h. durch äußere Anreize, motiviert sein können und sich weniger stark mit der NPO identifizieren. Für sie gilt diese Besonderheit weniger. Sieht man NPO als Ausdruck des Solidaritätsgedankens in der Gesellschaft, so kann daraus auch die Hypothese abgeleitet werden, dass Lohndiskriminierung² in NPO weniger häufig auftritt oder dass in NPO auch Arbeitnehmer/innen beschäftigt werden, die aus diversen Gründen vielleicht am Arbeitsmarkt gewinnorientierter Unternehmen keine Beschäftigung finden.

Betrachtet man die Situation in Österreich, fällt auf, dass NPO hauptsächlich in Dienstleistungsbranchen agieren. Personen, die in NPO arbeiten, sind hauptsächlich in den Bereichen „Unterrichtswesen“, „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ und „Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen“ tätig. Das erwartete Lohnniveau in den Branchen, in denen NPO aktiv sind, ist im Vergleich zu anderen Sektoren niedrig (vgl. Statistik Austria 2007: 235). Eine weitere Besonderheit für Österreich ist, dass die Branchenkollektivvertragsdichte im österreichischen Nonprofit-Sektor eher gering ist, was auch daran liegt, dass viele NPO die Voraussetzungen der Kollektivvertragsfähigkeit des Arbeitgebers nicht erfüllen (vgl. Runggaldier, Drs 2007: 314). Allerdings liegt für Österreich kein Zahlenmaterial vor, das genaue Angaben über die kollektivvertragliche Abdeckung von Arbeitnehmer/innen im Nonprofit-Sektor in Österreich macht. Die Organisationen im vorliegenden Datensatz unterliegen etwa zu einem Drittel einem Kollektivvertrag, ein weiteres Drittel orientiert sich beim Lohnschema an einem solchen. NPO haben durch die geringe kollektivvertragliche Abdeckung bei der Vertragsgestaltung bezüglich

der Vergütung mehr Freiheiten, was sich negativ auf die Lohnhöhe von Beschäftigten in NPO auswirken kann. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Verhandlungsmacht der kollektiven Arbeitnehmer/innen des Nonprofit-Sektors im Zeitablauf zunimmt. So haben Gesundheits- und Sozialberufe seit 2003 einen Kollektivvertrag, 2004 und 2005 wurden Kollektivverträge für die außeruniversitäre Forschung und für Beschäftigte in privaten Bildungseinrichtungen eingeführt (vgl. Bönisch 2008: 207). Auch sonst lehnen sich NPO bei der Höhe der Vergütung auch ohne vorhandene Kollektivverträge häufig an Kollektivvertragsätze an, zum Teil auch, weil öffentliche Subventions- und Auftraggeber/innen dies verlangen. Ein Grund für die Anpassung an andere Lohnschemata ist die höhere Legitimation der Vergütungshöhe gegenüber den Arbeitnehmer/innen und externen Stakeholder/innen.

Auch ehrenamtliche, d.h. unbezahlte Mitarbeit, wie sie häufig in NPO anzutreffen ist, kann die Lohnhöhe von bezahlten Mitarbeiter/innen beeinflussen. Ehrenamtliche Arbeit könnte auf niedrigere Löhne der bezahlten Beschäftigten hinweisen, da diese in Organisationen mit ehrenamtlicher Arbeit vermehrt zu „Arbeitspenden“ bereit sind, so die Vermutung. Zweitens können ehrenamtliche Mitarbeiter/innen die Produktivität oder die Arbeitskosten der bezahlten Arbeitskräfte beeinflussen. Freiwillige Mitarbeiter/innen können die Notwendigkeit, höhere Löhne zu zahlen, verringern (vgl. Borjas 2005: 463ff.), da sie etwa als eine Art „Puffer“ auftreten können, wenn bezahlte Arbeitskräfte die Organisation verlassen. Im Gegensatz zu Organisationen ohne freiwillige Arbeitskräfte können bezahlte Arbeitskräfte mit ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen andere Aufgaben oder Verantwortlichkeiten haben. Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen können möglicherweise auch Einfluss auf den Lohnsetzungsprozess der bezahlten Arbeitskräfte nehmen. Beispielsweise können Freiwillige die Verhandlungsmacht von bezahlten Arbeitskräften reduzieren, wenn nämlich bezahlte Arbeitskräfte leicht durch unbezahlte ersetzt werden können.

Auch die Finanzierung von NPO kann sich auf die Lohnhöhe von Arbeitnehmer/innen im Nonprofit-Sektor auswirken. Ein großer Teil der Einnahmen für NPO wird aus staatlichen Förderungen und Leistungserlösen erlangt (vgl. Schneider et al. 2007: 62). So stammen nur etwa 7 bis 8 Prozent der Einnahmen aus Spenden, während geschätzte 13 Prozent aus Subventionen und ca. 30 Prozent der Einnahmen aus Leistungsverträgen erzielt werden (vgl. Neumayr et al. 2007: 8). Wenn eine Organisation Subventionen oder

Spenden erhält, kann das bedeuten, dass zusätzliches Einkommen zur Verfügung steht, das in Form höherer Löhne verteilt werden kann. Andererseits kann das auch heißen, dass (staatliche) Geldgeber Einfluss auf die Personalstruktur und die Löhne in der NPO selbst haben. Als Beispiel dafür kann das Feld der Langzeitpflege in Österreich genannt werden, wo zwischen den öffentlichen Geldgebern und den Anbietern der Dienstleistungen (d.h. den Pflegeheimen) fixe Patienten-Personalquoten vertraglich vereinbart werden. Im Fall der Spenden unterliegen NPO womöglich einem Legitimationsdruck gegenüber Klient/innen, Geldgeber/innen, ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen, Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit. Hohe Löhne in diesem Segment würden als Verschwendung oder fehlende intrinsische Motivation aufgefasst werden (vgl. Oster 1998).

Neben den Einflussfaktoren auf die Lohnhöhe wurde die Lohnstreuung innerhalb einer Nonprofit-Organisation untersucht. Häufig wird unterstellt, dass die Lohnstreuung in einer NPO niedriger sein müsste als bei gewinnorientierten Unternehmen. Der Unterschied wird durch die Mission der NPO und die besondere Motivation der Arbeitnehmer/innen erklärt. Eine hohe intrinsische Motivation der Arbeitnehmer/innen würde faire Löhne erfordern, d.h. Gleichheit in der Entlohnung hat in NPO besonderen Stellenwert. Insgesamt zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen der individuellen Leistung und dem Lohn in NPO weniger stark ausgeprägt ist (vgl. Devario, Brookshire 2007: 329). Als Gründe dafür werden die hohe intrinsische Motivation und die Angst vor einer Verdrängung dieser Motivation genannt, wenn ein leistungsabhängiges Lohnschema eingeführt werden würde.

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung

Zur Überprüfung, welche Faktoren in österreichischen NPO Einfluss auf die Lohnhöhe und Lohnstreuung nehmen, wurden Querschnittsdaten von österreichischen NPO und deren Arbeitnehmer/innen zusammengestellt. Die organisationspezifischen Angaben stammen aus einer schriftlichen Befragung von österreichischen NPO mit mindestens einem bezahlten Arbeitnehmer bzw. einer bezahlten Arbeitnehmerin, die im Jahr 2006 vom Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien gemeinsam mit der Statistik Austria durchgeführt wurde (vgl. Haider et al. 2008). Die arbeitnehmerspezifischen Daten werden der Einkommenssteuerstatistik entnommen und wurden von der Statistik Austria anonymisiert zur Verfügung gestellt.

Tabelle 1: Durchschnittslöhne und innerbetriebliche Lohnstreuung in NPO

Variable	N	Mittelwert	Standard- abweichung
Bruttogehaltslohn	39613	15490.04	12049.49
Bruttotageslohn	39613	51.45403	29.97147
Standardabw. Einkommen	360	26.991	15.306
Q0,9/Q0,1	360	4.993	4.203

Quelle: NPO-Steuer-Daten 2006, eigene Berechnungen

Im Folgenden wird kurz auf die Ergebnisse der empirischen Untersuchung eingegangen.

Die obere Hälfte von Tabelle 1 (s.o.) zeigt über alle Individuen im Datensatz verteilt den mittleren Bruttogehaltslohn und -tageslohn einer Arbeitnehmerin bzw. eines Arbeitnehmers in Euro, wobei auch Teilzeitarbeiter in die Berechnung eingehen. Personen, die in einer NPO arbeiten, verdienen im Durchschnitt 51 Euro pro Tag. Die untere Hälfte macht Angaben zur innerbetrieblichen Lohnstreuung in einer NPO. Die Angaben beziehen sich auf Organisationen und nicht mehr auf Individuen. Einerseits wird die Standardabweichung als Lohnstreuungsmaß dargestellt, andererseits der Quotient aus dem 0,9 Lohnquantil und 0,1 Lohnquantil. Im Mittel ist der Lohn des 0,9 Lohnquantils (d.h. 90 Prozent aller Löhne in einer Organisation sind niedriger) fast fünfmal so hoch wie jener des 0,1 Lohnquantils.

Zudem wurde eine multivariate Regressionsanalyse durchgeführt, die Einflussfaktoren auf die Lohnhöhe von Arbeitnehmer/innen im Nonprofit-Sektor untersucht, wovon ausgewählte Ergebnisse in Tabelle 2 (rechts) dargestellt werden.

Außerdem wurde eine Quantilsregression durchgeführt, die untersucht, ob sich diese Einflussfaktoren auf hohe Löhne anders auswirken als auf niedrige. Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass die Lohnhöhe eines bezahlten Arbeitnehmers bzw. einer bezahlten Arbeitnehmerin in einer NPO mit zunehmendem Alter steigt, allerdings wird der Lohnanstieg mit zunehmenden Alter geringer. Wie in anderen Sektoren bestätigt sich auch im Nonprofit-Sektor das Bild, dass Frauen weniger ver-

dienen als Männer. Der Lohn von Frauen ist zwischen 6 und 7 Prozent geringer als jener der Männer. Der Koeffizient des Ehrenamts-Dummy ist negativ, d.h. der erwartete Lohn ist niedriger, wenn eine Organisation ehrenamtliche Mitarbeiter/innen hat im Vergleich zu Organisationen ohne Freiwillige. Es ist jedoch nicht entscheidend, wie viele freiwillige Mitarbeiter/innen im Vergleich zu Vollzeitäquivalenten (VZÄ bzw. Vollzeitarbeitskräften) in einer Organisation tätig sind. Der Effekt des Ehrenamts-Dummy ist an den Rändern der Lohnverteilung schwächer ausgeprägt, d.h. der Lohnabschlag fällt bei sehr hohen und sehr niedrigen Einkommen niedriger aus als in der Mitte der Lohnverteilung. Individuen, die in Organisationen mit ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen arbeiten, verdienen zwischen 6,7 und 10,6

Tabelle 2: Einflussfaktoren auf die Lohnhöhe

abhängige Variable: log. Bruttotageseinkommen N=39613, Clusteranzahl: 421		
ausführliches Modell		
Modellvariable	Koeffizient	Robuste Standard- fehler
Individualvariable		
Alter	0,0515657***	(0.0061229)
Alter quadriert	-0,0005328***	(0.0000766)
weiblich	-0,0704764**	(0.0315922)
Lehrling	-0,3542278***	(0.0717919)
Angestellte/r	0,4163256***	(0.067687)
Vertragsbedienst.	0,2950531**	(0.1255232)
Vollzeit	0,6420037***	(0.0212326)
Organisationsvariable		
Ehrenamt Dummy	-0,1046794**	(0.044842)
Anzahl Ehrenamtliche/VZÄ	-0,0000124	(0.0000105)
Spenden/VZÄ	0.000000242	(0.000000302)
Subventionen/VZÄ	0,00000113**	(0.000000469)
Kein Kollektivvertrag	-0,103227*	(0.0579006)
Konstante	2,006894***	(0.1577107)
Missing Dummies vorhanden	ja	
Kontrollvariable	ja	
R_	0.4035	

*** (**) [*] auf 99%- (95%-) [90%-] Level signifikant
Quelle: NPO-Steuer-Daten 2006, eigene Berechnungen

Prozent weniger als jene, die in Organisationen ohne Freiwillige arbeiten. Spenden haben einen sehr kleinen, aber positiven Effekt auf hohe Löhne. Auch Subventionen führen zu einem höheren erwarteten Lohn. Die Koeffizienten beider Variablen sind sehr klein. Werden öffentliche Subventionen um eine Standardabweichung erhöht (ca. 32.300 Euro), führt dies zu einer Lohnsteigerung um 2,3 Prozent für niedrige Löhne und um 3,7 Prozent für hohe Löhne. Eine Erhöhung der Spenden um eine Standardabweichung (ca. 19.500 Euro) erhöht den Tageslohn bei hohen Löhnen um 1,2 Prozent. In beiden Fällen profitieren die höheren Lohnklassen mehr von höheren Spenden und Subventionen. Bei Betrachtung der Einflussfaktoren auf die innerbetriebliche Lohnsteuerung zeigt sich, dass ein hoher Anteil an Spenden und Sponsoring an den Gesamteinnahmen die Lohnsteuerung erhöht. Ein höherer Anteil an Subventionen führt ebenfalls zu einer höheren Lohnsteuerung. Weiters zeigt sich, dass die Löhne in Organisationen, die keinem Kollektivvertrag unterliegen, niedriger sind als in jenen, die einem solchen Schema unterliegen.

Resümee

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im österreichischen Nonprofit-Sektor einige Besonderheiten vorliegen, die die Lohnhöhe und Lohnsteuerung beeinflussen können, wie etwa das vorliegende Gewinnausschüttungsverbot, besondere Finanzierungsformen und die Anwesenheit von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen. In der empirischen Untersuchung zeigte sich, dass Frauen auch im Nonprofit-Sektor weniger verdienen als Männer, dass höhere Spenden und Subventionen einen lohnsteigernden Effekt haben und dass die erwartete Lohnhöhe von NPO mit Freiwilligen niedriger ist als in Organisationen ohne ehrenamtliche Mitarbeiter/innen.

*Astrid Haider
Institut für Sozialpolitik
Wirtschaftsuniversität Wien*

Anmerkungen

- 1 Die hier vorgestellten Ergebnisse sind eine Zusammenfassung meiner Dissertation (2008), die am Institut für Sozialpolitik an der WU Wien verfasst wurde.
- 2 Von Lohndiskriminierung spricht man, wenn es zu einer schlechteren Entlohnung kommt, als es durch die Arbeitsleistung gerechtfertigt wäre (vgl. Franz 2006: 340).

Literatur

- Badelt, Christoph; Meyer, Michael; Simsa, Ruth (2007): Die Wiener Schule der NPO-Forschung, in: Badelt, Christoph; Meyer, Michael; Simsa, Ruth (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit Organisationen. Strukturen und Management. Stuttgart: Schäffer-Poeschel. 3-16.
- Benz, Matthias (2005): "Not for the Profit, but for the Satisfaction? - Evidence on Worker Well-Being in Non-Profit Firms", in: *Kyklos*, 58 (2). 155-177.
- Bönisch, Markus (2008): "Kollektivvertragliche Abdeckung in Österreich", in: *Statistische Nachrichten*, 3/2008. 207-211.
- Borjas, George J. (2005): *Labor Economics*. 3rd. Boston: McGraw-Hill Irwin.
- Devaro, Jed; Brookshire, Dana (2007): "Promotions and Incentives in Nonprofit and For-Profit Organizations", in: *Industrial and Labor Relations Review*, 60 (3). 311-339.
- Franz, Wolfgang (2006): *Arbeitsmarktökonomik*. 6. Auflage. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.
- Haider, Astrid (2008): *Die Lohnhöhe und Lohnsteuerung im Nonprofit-Sektor. Eine quantitative Analyse anhand österreichischer Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Daten*. Wirtschaftsuniversität Wien.
- Haider, Astrid; Leisch, Robert; Schneider, Ulrike; Stöger, Klaus (2008): "Neue Datengrundlagen für den Non-Profit Bereich", in: *Statistische Nachrichten*, August 2008. 754-762.
- Leete, Laura (2006): *Work in the Nonprofit Sector*, in: Powell, Walter W.; Steinberg, Richard (Hrsg.): *The Nonprofit Sector - A Research Handbook*. New Haven, London: Yale University Press. 159-179.
- Neumayr, Michaela; Schneider, Ulrike; Meyer, Michael; Haider, Astrid (2007): *The Non-profit Sector in Austria - An economic, legal and political appraisal*. Vienna: Vienna University for Economics and Business Administration.
- Oster, Sharon (1998): "Executive Compensation in the Nonprofit Sector", in: *Nonprofit Management and Leadership*, 8. 207-221.
- Runggaldier, Ulrich; Drs, Monika (2007): *Arbeits- und sozialrechtliche Rahmenbedingungen beim Einsatz von MitarbeiterInnen in NPOs*, in: Badelt, Christoph; Meyer, Michael; Simsa, Ruth (Hrsg.): *Handbuch der Nonprofit-Organisationen. Strukturen und Management*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag. 299-321.
- Schneider, Ulrike; Badelt, Christoph; Hagleitner, Joachim (2007): *Der Nonprofit-Sektor in Österreich*, in: Badelt, Christoph; Meyer, Michael; Simsa, Ruth (Hrsg.): *Handbuch der Nonprofit-Organisationen. Strukturen und Management*. Stuttgart: Schäffer Poeschel. 4. Auflage. 55-80.
- Statistik Austria (2007): *Statistisches Jahrbuch Österreichs 2007*. Wien: Verlag Österreich GmbH.
- Trukeschitz, Birgit (2006): *Im Dienst Sozialer Dienste*. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH.

Menschenrechtspreis 2008

Für ihr soziales Engagement in Krisengebieten bekamen der Steyrer Arzt Michael Schodermayr und die Caritas-Auslandshilfe den Menschenrechtspreis des Landes Oberösterreich verliehen. Die Feier fand am 10. Dezember 2008 im Linzer Landhaus statt.

Der Preis wird seit 1996 jährlich vergeben. 2008 wurde daran erinnert, dass vor 60 Jahren die Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet wurde: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren", heißt es im ersten Artikel der Erklärung. In insgesamt 30 Artikeln hat die UNO am 10. Dezember 1948 jene Rechte definiert, die jedem Menschen zustehen sollten.

Durch die Verleihung des Menschenrechtspreises des Landes Oberösterreich sollen besonders herausragende Verdienste um die Wahrung und Durchsetzung von Menschenrechten gewürdigt werden. Der Preis diene dazu, „jene vor den Vorhang zu holen, die ihre Kraft für die Mitmenschen einsetzen, die unter Gewalt, Unterdrückung, Verfolgung oder materieller Not leiden“, so Landeshauptmann Josef Pühringer. Die Auszeichnung von verdienten Organisationen oder Einzelpersonen sei zudem „ein wichtiger Beitrag für die 'Menschenrechtsbildung'“, denn das Wissen um Menschenrechte befähige dazu, „die eigenen und die Menschenrechte anderer wahrzunehmen und dafür aktiv zu werden“. Den mit 8.000 Euro dotierten Preis teilten sich diesmal die Caritas und ein Arzt aus Steyr.

Preisträger plädiert für eine Globalisierung der Solidarität

Der Steyrer Arzt Michael Schodermayr ist Mitbegründer der ALLIANZ für KINDER, die jedes Jahr an die 100 Mädchen und Buben aus Krisen- oder Kriegsgebieten nach Österreich holt. Hier bekommen sie medizinische Behandlungen, die ihnen Lebenschancen geben. 14 Ärzte und 90 Freiwillige gehören zu Schodermayrs Team. Seit 1990 wurden mehr als 1.440 Kinder aus Afghanistan, Moldawien, Albanien oder aus dem Kosovo mit oft schwierigen Eingriffen gerettet. Der Landeshauptmann: „Der Wert dieser Arbeit ist weder in

Zahlen noch in Statistiken messbar. Jedes einzelne gerettete Leben ist den Menschenrechtspreis wert.“ Schodermayr teilt die Auszeichnung mit den Vereinsmitgliedern und mit dem Altbürgermeister von St. Ulrich, Thaddäus Steinmayr. Die Kinder wurden anfangs in oberösterreichischen Landeskliniken behandelt, mittlerweile beteiligen sich über 50 Spitäler in ganz Österreich an den Lebensrettungen.

Michael Schodermayr plädiert für eine „Globalisierung der Solidarität“: „30.000 bis 50.000 Kinder sterben täglich einen völlig sinnlosen Tod: an Hunger, Durst oder weil es keine Impfung gibt. 54 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, 80 Prozent davon sind Kinder. 190 Millionen Kinder müssen arbeiten, damit ihre Familien den nächsten Tag überleben. 25.000 Kindersoldaten sind Futter für Gewehre. Hinter jeder Zahl ist unendlich viel Leid.“ Der Steyrer Arzt wünscht sich, „dass es bald keinen Menschenrechtspreis mehr geben muss, weil Menschenrechte selbstverständlich sind.“

Preis für die Arbeit im Ausland

Die zweite Preisträgerin, die Caritas-Auslandshilfe der Diözese Linz, hat mit einer groß angelegten Hilfsaktion für die Notleidenden in Rumänien vor 18 Jahren ihre Arbeit aufgenommen. Seither engagieren sich die MitarbeiterInnen für Menschen in Not in einigen der ärmsten Länder der Welt. Zahlreiche Hilfsprojekte konnten seither insbesondere im Osten Europas verwirklicht werden. Als wichtigsten Aspekt bei den Projekten nennt die Caritas die Hilfe zur Selbsthilfe: Ob



Preisträger Dr. Michael Schodermayr (mit Urkunde) im Kreise der Vorstandsmitglieder und MitarbeiterInnen der Volkshilfe Steyr im Steinernen Saal des Linzer Landhauses. Quelle: Volkshilfe

Hilfe bei der Berufsausbildung für Straßenkinder in Kinshasa oder Mikrokredite für Kleinbauern zur Ausweitung der Produktion – über allem stehe das Ziel der nachhaltigen Bekämpfung von Armut mittels der Befähigung der Menschen, ihre materiellen Lebensgrundlagen selbst zu schaffen

Caritasdirektor Mathias Mühlberger appellierte an die Politik, mehr Geld für Entwicklungshilfe in den ärmsten Ländern der Welt aufzuwenden: "Es braucht eine Kraftanstrengung zur Bekämpfung der absoluten Armut und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der UNO. Die Einlösung des 1970 gemachten Versprechens der Industrieländer, 0,7 Prozent ihres Bruttonationalprodukts für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, ist noch immer nicht erfüllt.

Mehr Privatkonkurse

Schuldenberatungen fordern mehr Ressourcen sowie eine Reform des Privatkonkurses

Mit der Zahl an Privatkonkursen steigt auch die Nachfrage nach Schuldenberatung. 2008 hat die Zahl an Erstkontakten und -beratungen in den staatlich anerkannten Schuldenberatungen Österreichs deutlich zugenommen. So konnte in den ersten drei Quartalen 2008 ein Anstieg an Erstkontakten von über 7 Prozent verzeichnet werden, die Zahl der Erstberatungen hat um mehr als 20 Prozent zugenommen. Und die Tendenz ist weiter steigend.

"Angesichts aktueller Entwicklungen rechnen wir mit einem starken Anstieg an Beratungsbedarf im kommenden Jahr. Weitere Beratungen können bei gleichbleibenden Personalständen jedoch kaum mehr abgefangen werden", beschreibt Hans W. Grohs, Geschäftsführer der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen asb, die Situation. Zunehmende Arbeitslosigkeit bedeute erfahrungsgemäß weitere Zuwächse und Nachfrage nach Schuldenberatung. „Bei Gesetzgeber und Ländern, die Schuldenberatungen als soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellen, besteht akuter Handlungsbedarf“, so Grohs.

„Das Pferd wird vom Schwanz aufgezümt werden, wenn Banken und Unternehmen mit großzügigen Unterstützungspaketen aus der Schuldenfalle geholfen wird und eine rasche und angemessene Sanierung von überschuldeten Privatpersonen außer Acht gelassen wird“, kritisiert Grohs.

Bisher haben sich die Länder diesem Ziel noch nicht einmal angenähert. Im Jahr 2007 betrug die durchschnittlichen staatlichen Ausgaben für internationale Hilfe gerade einmal 0,28 Prozent."

Neben der konkreten Hilfe in den Partnerländern leistet die Caritas-Auslandshilfe auch Bildungsarbeit in Oberösterreich. Die MitarbeiterInnen versuchen in der Öffentlichkeit, die Ursachen von Not und Unrecht aufzuzeigen und die Menschen hierfür zu sensibilisieren und zu motivieren, auch selbst aktiv zu werden.

Quellen: ooe.orf.at, 10.12.2008; www.allianz-fuerkinder.at, 18.12.2008; www.caritas-linz.at, 11.12.2008

Ausstieg aus der Schuldenspirale wird erschwert

Neben einer Aufstockung der Ressourcen für die Schuldenberatungen sollten nach Ansicht des asb auch die in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Arbeiten zur Reform des Privatkonkurses zügig abgeschlossen und umgesetzt werden. Denn derzeit stehe der jährlich steigenden Zahl von Privatkonkursen (9,5% mehr Anträge / 14% mehr Eröffnungen) eine sinkende Anzahl an von Gläubigern akzeptierten gerichtlichen Zahlungsplänen gegenüber. Nur mehr zwei Dritteln der vorgelegten Zahlungspläne wird zugestimmt. Alle anderen SchuldnerInnen (rund 3.000 Personen pro Jahr) werden in das sogenannte Abschöpfungsverfahren geschickt, das die Chance auf eine Schuldenregulierung vor allem für einkommensschwache Personen stark vermindert. Betroffen sind viele arbeitslose Personen, die aufgrund ihres geringen Einkommens bei anhaltender Wirtschaftskrise so kaum Chancen auf rasche Restschuldbefreiung haben, sowie gescheiterte Selbständige mit hohen Schulden.

Der Ausstieg aus der Schuldenspirale werde erschwert, wodurch die Möglichkeiten auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Reintegration sänken, so Grohs. Gerade in Krisenzeiten sei dies eine falsche Strategie, eine im Vorjahr durchgeführte Studie habe den volkswirtschaftlichen Nutzen von Schuldenberatung und -regulierung unterstrichen.

Quelle: Presseinformation der asb Schuldenberatungen GmbH, 19.12.2008

Frauenerwerbstätigkeit und Prekarität

Schöne, neue und flexible Arbeitswelt – mit diesem Schlagwort wird ArbeitnehmerInnen seit Jahren Freiheit und Selbstbestimmung versprochen. Die Realität zeigt jedoch oft ein anderes Bild. Zum überwiegenden Teil sind es Frauen, die in neuen und atypischen Arbeitsverhältnissen tätig sind.

Gerade sie sind oftmals gezwungen, Jobs zu prekären Bedingungen anzunehmen und „zwischen Wischmopp und Laptop“ ihre Existenz zu sichern. Unplanbare Arbeitszeiten, geringfügige Beschäftigung, Schein-Selbständigkeit und freie Dienstverträge, die weder Kündigungsschutz noch Urlaub noch bezahlten Krankenstand vorsehen, bestimmen den Arbeitsalltag einer wachsenden Zahl von Frauen.

Im vorliegenden Band, der rund um eine Veranstaltung der ÖGB-Frauen und der Katholischen Frauen entstand, wird daher atypische Beschäftigung aus unterschiedlichen Blickwinkeln in frauenpolitischer Perspektive genauer ins Visier genommen. Wie hat sie sich in Österreich und Europa entwickelt, welche Beschäftigungsverhältnisse sind im Vormarsch, mit welchen prekären Arbeits- und Lebenssituationen sind Frauen konfrontiert? Engagierte Frauen aus Politik, Wissenschaft und Praxis kommen zu Wort. Es werden aber auch Ansätze vorgestellt, die berufliche Handlungsmöglichkeiten von Frauen erweitern können.

Christine Stelzer-Orthofer / Irmgard Schmidleithner / Elisabeth Rolzhauser-Kantner (Hg.): Zwischen Wischmopp und Laptop Atypische Frauenarbeit ÖGB-Verlag, Wien 2008 187 Seiten, EUR 19,80

Gesundheitsversorgung versteckt lebender MigrantInnen

Die deutsche Pflegewissenschaftlerin Mareike Tolsdorf untersucht in ihrem Buch "Verborgene" die Gesundheitsversorgung von Einwanderern in Deutschland und der Schweiz, die keine offizielle Aufenthaltserlaubnis haben. Niemand kann auch nur ungefähr sagen, wie groß die Gruppe von Menschen ist, die in Deutschland ohne Aufenthaltsgenehmigung leben. Die Schätzungen liegen zwischen 100.000 und 1,5 Millionen Personen. Mareike Tolsdorf stieß bei ihrer Forschungsarbeit immer wieder auf Irritation: Illegal in Deutschland? – Geht nicht, gibt's nicht.

Was die Öffentlichkeit nicht wahrnehmen will, hat für die Betroffenen harte Konsequenzen: "Diese Men-

schen sind im Prinzip von allen Behandlungen ausgeschlossen. Auch wenn ihnen theoretisch Rechte zustehen, sind diese praktisch kaum durchsetzbar. Es gibt einzelne Ärzte oder nicht-staatliche Organisationen, die versuchen zu helfen. Aber viele erreicht diese Hilfe nicht", berichtet Tolsdorf.

Ein Großteil der versteckt lebenden MigrantInnen arbeitet für wenige Euro, oftmals unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen. Wenn es dabei einen Unfall gibt und sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden, bleibt ihnen oft nur die "Flucht aus dem Krankbett", bevor die Polizei sie verhaftet, um sie dann abzuschieben.

"Im Allgemeinen wird ein Arztbesuch so lang als möglich hinausgezögert – dies gilt auch für Knochenbrüche oder schwere Entzündungen. Krankheiten chronifizieren sich, schreiten fort, im schlimmsten Fall bis zum Tode", so Tolsdorf. Es geht den MigrantInnen vor allem um den Erhalt ihrer Arbeitskraft, denn ohne diese ist kein Leben in der Illegalität möglich. Zudem werden oftmals die Familien im Heimatland mit dem Lohn unterstützt. Diese sind auf die finanzielle Hilfe jener angewiesen, die es irgendwie in das vermeintliche Paradies Europa geschafft haben.

"Nicht nur die versteckten MigrantInnen sind betroffen. Zwar ist in erster Linie ihre Gesundheit und ihr Leben bei Krankheit gefährdet, jedoch können gerade Infektionskrankheiten wie TBC eine Gefährdung der Bevölkerung darstellen", sagt Tolsdorf mit Blick auf die wenigen Untersuchungen, die es zum Thema gibt. Insbesondere die Lage von schwangeren Frauen ohne Aufenthaltsgenehmigung ist prekär: Keine Vorsorge, keine Hoffnung auf eine geregelte Entbindung, keine Perspektive für sich und das Kind. In dieser Lage lassen viele Frauen daher einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, wenngleich sie das Kind eigentlich lieber austragen würden.

"In anderen Ländern wie Holland gibt es einen Fonds, der die Ärzte bezahlt, die MigrantInnen behandeln. In der Schweiz können diese Menschen sich in einigen Kantonen ganz normal versichern. Nur in Deutschland werden die 'Illegalen' immer noch quasi im Hinterzimmer der Gesellschaft behandelt", fasst Tolsdorf ihre Untersuchung zusammen.

Mareike Tolsdorf: Verborgene Gesundheitssituation und -versorgung versteckt lebender MigrantInnen in Deutschland und in der Schweiz Verlag Hans Huber, Bern 2008 249 Seiten, EUR 29,95 (D)

„Bahn unterm Hammer“

Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz über die Auswirkungen der Bahnprivatisierung in Deutschland

Termin: 12. Februar 2009, 19.00 Uhr
Ort: Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Qualitätsmanagement – ein Papiertiger?

Dieser Frage widmet sich das Forum Sozialmanagement 2009 des FH-Studiengangs Sozialmanagement am Campus Linz. Ziel ist ein kritischer Blick auf das Thema Qualitätsmanagement in der Sozialwirtschaft, wobei die Fragen der Kosten von QM-Systemen und ihres Nutzens aus der Perspektive der Dienstleistung an KundInnen/KlientInnen zur Sprache kommen sollen.

Termin: 13. Februar 2009, 8.30 bis 13.00 Uhr
Ort: FH-OÖ, Campus Linz, Garnisonstraße 21, 4020 Linz

Sprachwelten der Wissensgesellschaft

Vortrag von Konrad Ehlich über Denken und Sprechen in einer globalisierten Welt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „mehr sprachig. Wegweiser zur Kommunikation im 21. Jahrhundert“

Termin: 19. Februar 2009, 19.30 Uhr
Ort: Kuppelsaal der Vorarlberger Landesbibliothek, Bregenz
Information: okay. zusammen leben. Tel. 05572 398102

15. Wiener Flüchtlingsball

Internationales Highlight ist dieses Jahr die serbische Romaband KAL. Weiters gibt es an den Turntables „Rus-sendisko Soundsystem“ mit DJ Yuriy Gurzh. Geboten wird Balalaika Rock'n'Roll, Klezmer Ska, Ethnokitch und SpeedFolkPunk.

Termin und Ort: 20. Februar 2009, ab 20:00 Uhr, Wiener Rathaus
Kartenvorverkauf: In allen Bank Austria-Filialen und in der Jugendinfo Wien. Tischreservierungen: Paul Türk, Tel. 01/2123520-53; Email: p.tuerk@integrationshaus.at

Armut und Beschämung

Sozial-Stammtisch mit Martin Schenk zu Modellen sinnvoller Armutsbekämpfung

Termin: 25. Februar 2009, 19.00 Uhr
Ort: Bildungshaus Betriebsseminar, Kapuzinerstr. 49, 4020 Linz

2. intercura – Messe für Pflege und Reha

Mit rund 100 Firmen und Institutionen will die „intercura“, Messe für Pflege und Reha, Pfleger, Angehörige und Menschen mit Behinderung ansprechen. In einem Zyklus von zwei Jahren zeigt die „intercura“ Neuheiten für Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung. So werden innovative Mobilitätshilfen ebenso zu sehen sein wie Sprachsteuerungen, Lifte oder Behindertenfahrzeuge. Im begleitenden Kongress-Programm werden die Reha-Systeme rund um den Bodensee beleuchtet wie auch die Rolle der PflegerInnen und Angehörigen.

Termin: 5. bis 7. März 2009
Ort: Dornbirn, Messegelände
Information: www.intercura.info oder Tel. 05572 305-0

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:

Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel.: 0732/2468-7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161

Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder, Mag. Angela Wegscheider, Mag. Susanna Rothmayer

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer

Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Dr. Brigitte Keplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;

StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;

Gratis Probeabo für drei Monate

Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.

Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453